SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Nr. 04/Dezember 2025

DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Landesverfassung: Ideen für morgen

Staatsziele, Demokratiebildung, Verfassungsschutz

Ein Wochenende
„Jugend im Landtag“ schmiedet Pläne

Zwölf Monate
Der Kalender für 2026

30 Sitzungstage
Die Zitate des Jahres

DER LANDTAG 04/2025

Ausgabe 476 seit 1965

03 **Meldungen**

Verfassung

06 Debatte über Reform der Landesverfassung

08 Breite Mehrheit für AfD-Verbotsverfahren

09 Drohnenbekämpfung, Jugendoffiziere an den Schulen

10 Neue Regeln für den Verfassungsschutz

11 Mehr Wirtschaft bei WiPo, Demokratieförderung, Gemeindevorstände

12 **Jugend im Landtag:** Debatten im Plenum, Ideen für Staatsziele

14 **Im Rückblick I** 1950: Boykott gegen die Landessatzung

16 **Im Rückblick II** 1990: Neue Verfassung nach politischer Krise

17 **Personalien**

18 **Der Kalender für 2026**

Ein Jubiläum im neuen Jahr: 80 Jahre Landtag. Im Februar 1946 saßen die Abgeordneten im Kieler Stadttheater.

20 **Plenum** Sondervermögen, Zuckersteuer, Eiweißpflanzen, A20, Automatensupermärkte, „Stadtbild“, Northvolt, Haushalt 26, Nachträge 25

26 **Einfache Sprache** Regeln für E-Zigaretten

27 **Die Seite für das Ehrenamt**

28 **Die Zitate des Jahres** Kröten, Krabben, Kermit und Bart Simpson

30 **Ausschüsse** „Flächenfraß“, „Hundeführerschein“, Schutz queerer Menschen

33 **Bücher** Armin Mueller-Stahl, Neustart 1946/47, Rundfunk, Impressum

34 **Im Porträt** Uta Wentzel (CDU)

35 **Ins Bild gerückt** Zu Besuch im Landeshaus

36 **Termine, Termine, Termine**

ZÄHLBARES

70

So viele Artikel hat die schleswig-holsteinische Landesverfassung. Für 14 dieser Artikel (und die Präambel) liegen nun Änderungsanträge vor.

Mehr ab Seite 6

Der Schnappschuss

Der dritte Freitag im November ist bundesweiter Vorlesetag. Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben besuchte am 21.11. die Gerhart-Hauptmann-Grundschule in Kiel und las rund 20 Kindern aus den Klassen 3 und 4 aus einem Buch von Margit Auer vor: „Die Schule der magischen Tiere“.

Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

Kristina Herbst, Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

die Adventszeit gibt uns allen immer wieder die Gelegenheit, darüber nachzudenken, was wirklich zählt: in unserem eigenen Leben, in unserer Gesellschaft insgesamt oder auch in der Weltgemeinschaft.

Unsere Demokratie lebt vom Mitmachen! In diesem Jahr konnten sich viele Bürgerinnen und Bürger beim „Tag der offenen Tür“ im Landtag ein genaues Bild davon machen, wo – und wie – von den gewählten Abgeordneten politische Entscheidungen getroffen werden.

Dieser Tag war eine Gelegenheit für viele anregende Gespräche, für einen regen Gedankenaustausch und für Informationen rund um unser Parlament. Die zahlreichen positiven und sehr reflektierten Rückmeldungen der vielen Besucherinnen und Besucher zu einem wirklich fröhlichen, informativen und besonderen Einblick in den Landtag haben mich besonders gefreut.

Nur gemeinsam werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Niemand von uns hat ein Patentrezept dafür zur Hand. Aber: wir haben alles, was wir brauchen, um erfolgreich zu sein.

Wir leben in Freiheit, Selbstbestimmung, in Wohlstand und Demokratie. Das ist es, was uns stark macht, das ist es, was zählt.

Ich wünsche Ihnen allen, Ihren Familien und Freunden und allen Menschen hier bei uns ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes, erfülltes und friedliches neues Jahr!

Die vollständige Ansprache ist auf der Website www.sh-landtag.de in schriftlicher Form und als Video sowie auf Instagram zu finden.

Zwei neue Ministerinnen im Kabinett

Die neuen Ministerinnen Cornelia Schmachtenberg und Magdalena Finke haben vor dem Landtag ihren Amtseid geleistet. Landtagspräsidentin Kristina Herbst vereidigte sie zu Beginn der November-Tagung. Schmachtenberg (li.) ist für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz zuständig. Die CDU-Landtagsabgeordnete folgte auf Werner Schwarz, der seinen Posten nach drei Jahren abgegeben hatte. Finke (re.), ebenfalls CDU-Mitglied, hat das Amt der Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport übernommen. Sie war zuvor Staatssekretärin im Innenministerium und trat die Nachfolge von Sabine Sütterlin-Waack an, die aus Altersgründen ausgeschieden ist.

Weitere Personalien auf Seite 17

Wortwörtlich

„Trotz schwierigster Rahmenbedingungen ist es gelungen, für das kommende Jahr einen guten Landeshaushalt aufzustellen, der zugleich wichtige politische Akzente setzt, um das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein besser zu machen.“
(Tobias Koch, CDU)

• • •

„Es werden 200 zusätzliche Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen, um auf Gefahren durch Sabotage, Spionage, Drohnenüberflüge und Ähnliches zu reagieren.“
(Lasse Petersdotter, Grüne)

• • •

„Die Günther-Regierung steckt tief in der Haushaltskrise. Vom Verfassungsbruch über die dramatische Lage in den Kommunen rein in den Bildungsabbau. Sie muten Schleswig-Holstein eine Menge zu. Aber dazu passt leider überhaupt nicht, was Sie sich selbst gönnen.“
(Serpil Midyatli, SPD)

• • •

„Es muss darum gehen, sich in schwierigen Zeiten verstärkt auf das Wesentliche zu konzentrieren. Und das sind eben nicht weitere Redenschreiber für die Staatskanzlei oder auch Ranger in allen Landesteilen, sondern beispielsweise deutlich mehr Lehrkräfte an den Schulen.“
(Christopher Vogt, FDP)

• • •

„Wenn wir in Sprache, Kultur, Vielfalt, Integration, Zusammenhalt, Bildung und Sport, Teilhabe und soziale Daseinsvorsorge investieren, dann stärken wir auch unsere Demokratie.“
(Christian Dirschauer, SSW)

• • •

„Wir machen unser Land sicherer – nach Außen, im Inneren, in der digitalen Welt, in der Wirtschaft, im Klimaschutz und im sozialen Miteinander.“
(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU)

Aus der Debatte über den Landeshaushalt am 10. Dezember. Mehr zum Haushalt auf den Seiten 24 und 25, mehr Zitate auf den Seiten 28 und 29

BSPC tagt im Sommer 2026 in Lübeck

Die Ostseeparlamentarierkonferenz steht derzeit unter schleswig-holsteinischer Präsidentschaft. Der Landtag wird das Treffen der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) erstmals seit 1998 wieder im nördlichsten Bundesland ausrichten. Nun stehen erste Details fest: Die Vertreter der nationalen und regionalen Parlamente der Anrainerstaaten werden vom 30. August bis 1. September 2026 in Lübeck zusammenkommen. Das gab Landtagspräsidentin Kristina Herbst Ende November im Ständigen Ausschuss der BSPC bekannt, der im Landeshaus tagte. Die Hansestadt war auch vor 27 Jahren Austragungsort gewesen.

Herbst stellte zudem die inhaltlichen Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Präsidentschaft vor, die unter dem Motto „Youth.Set.Sail. For a Thriving Baltic Sea Region" („Die Jugend setzt die Segel für eine gedeihende Ostseeregion") steht. „Die Zusammenarbeit unserer Parlamente ist keine Formalität – sie ist eine Notwendigkeit", betonte die Präsidentin: „Der Ostseeraum steht vor gemeinsamen Herausforderungen, und nur gemeinsam können wir die Lösungen finden, die unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten."

Der Ständige Ausschuss beschloss zudem eine Erklärung mit dem Titel „Nichts über die Ukraine ohne die Ukraine". Darin wird die Solidarität der BSPC mit dem von Russland angegriffenen Land bekräftigt. Die Ostseeparlamentarier unterstreichen, dass jede internationale Friedensinitiative die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine respektieren müsse. Sie hebt hervor, dass kein Vorschlag oder Verhandlungsformat ohne Zustimmung der Ukraine oder auf Kosten ihrer Sicherheit und Freiheit verfolgt werden dürfe. „Unsere Botschaft aus Kiel ist klar", so die Landtagspräsidentin: „Die Ukraine entscheidet über ihre Zukunft."

Solidarität mit Israel – Gedenken an November-Pogrom

Zum zweiten Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas am 7. Oktober 2023 und am 87. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. und 10. November 1938 hat Landtagspräsidentin Kristina Herbst die Solidarität des Landesparlaments mit Israel und der jüdischen Gemeinschaft im Lande bekräftigt.

Der Überfall vor zwei Jahren, bei dem die Terrororganisation Hamas mehr als 1.200 Menschen ermordet, unzählige verletzt und hunderte als Geiseln verschleppt hatte, habe tiefe Wunden gerissen, so Herbst – „in Israel, in den jüdischen Gemeinden weltweit und auch hier bei uns". Die Landtagspräsidentin betonte, dass das Gedenken an die Opfer zugleich Mahnung sei, wachsam zu bleiben gegenüber Hass und Gewalt: „Antisemitismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben – in keiner Form und an keinem Ort." Der Schutz jüdischen Lebens sei „Teil unseres demokratischen Selbstverständnisses und unserer historischen Verantwortung". Allen Juden in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland gelte die volle Solidarität. „Gerade in Zeiten, in denen Hassparolen und Relativierungen laut werden, müssen wir klar und unmissverständlich Haltung zeigen."

Die Verbrechen des Jahres 1938, so Herbst, „geschahen mitten in unseren Städten und Dörfern – unter den Augen vieler". Es sei unabdingbar, „aus den dunkelsten Stunden deutscher Geschichte Lehren und Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen". Die Landtagspräsidentin begleitete am 10. November die Klasse 10 b der Kieler Goethe-Gemeinschaftsschule auf einem Rundgang durch die Kieler Innenstadt zu den Orten der damaligen Ereignisse, etwa zum Standort der 1938 zerstörten Synagoge in der Goethestraße und zum einstigen Gestapo-Hauptquartier in der Blumenstraße.

Herbst verurteilte zudem die Farbattacke auf das Landeshaus in der Nacht zum 7. Oktober. Unbekannte hatten die Fassade des Gebäudes mit anti-israelischen Aussagen besprüht. „Unser Parlament steht für den offenen demokratischen Dialog – nicht für Vandalismus und politische Slogans an den Wänden", hob die Landtagspräsidentin hervor.

Am 7. Oktober, dem Jahrestag des Hamas-Überfalls, wehte die israelische Flagge über dem Landeshaus.

Feierliches Gelöbnis vor dem Landtag

Am 12. November, dem 70. Jahrestag der Gründung der Bundeswehr, haben 200 Rekruten der Marineunteroffizierschule Plön vor dem Landeshaus ihren Eid abgelegt. 600 Angehörige wohnten dem feierlichen Gelöbnis bei. Die Freifläche vor dem Plenarsaal war das erste Mal in der Geschichte des Landesparlaments Ort einer Vereidigung. Der Festakt unter der Leitung von Kapitän zur See Edgar Behrends, Kommandeur der Marineunteroffizierschule, stand im Zeichen der engen Verbundenheit zwischen Bundeswehr, Landtag und Gesellschaft. Landtagspräsidentin Kristina Herbst betonte: „Die Zeremonie würdigt den Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten für Frieden und Sicherheit.“ Herbst lobte den Einsatz der Soldaten als Dienst für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und dankte auch den Familienangehörigen für ihre Unterstützung.

Ehrung für 1.000 „Garanten der Demokratie“

Ein Preis für ganz viele ehrenamtlich Engagierte: Der Landtag und die Sparkassen haben Mitte November in Büdelsdorf alle rund 1.000 ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein mit dem Demokratiepreis ausgezeichnet. Rund 200 von ihnen waren bei der Ehrung dabei. Landtagspräsidentin Kristina Herbst hob die Bedeutung des kommunalpolitischen Ehrenamtes hervor: „Die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Schleswig-Holstein sind Garanten unserer Demokratie. Sie tragen Verantwortung, treffen Entscheidungen, halten ihre Gemeinden zusammen – oft ohne großen Applaus, aber immer mit einem enormen Pflichtbewusstsein für das Gemeinwohl.“ Ministerpräsident Daniel Günther betonte in seiner Laudatio, das Amt sei ein Dienst an den Menschen, „Tag für Tag, mit viel Verantwortung und noch mehr Idealismus“. Auf diese „Anker unserer Demokratie“ könnten die Menschen in ihren Kommunen zählen.

Bürgerpreis für drei Sportprojekte

Zugleich wurde der Bürgerpreis unter dem diesjährigen Motto „Bewegt – Teilhabe und Vielfalt im Sport“ an drei Projekte verliehen. In der Kategorie „Alltagshelden“ erhielten „KiTa go’s Swimming“ des TSB Flensburg sowie der „Gemeinsam Eins Inklusionslauf“ aus Schleswig die Auszeichnung. Im Bereich „U 27“ wurde das Jugendteam des Sport- und Freizeitclubs Ottendorf (bei Kiel) geehrt. Der Sport, so Landtagspräsidentin Herbst, ermögliche Teilhabe und Zusammenhalt. Dies seien „essentielle Bausteine in einer vielfältigen Gesellschaft.“ Der Bürgerpreis als Schleswig-Holsteins größter Ehrenamtspreis wird seit mehr als 20 Jahren vom Landtag und den Sparkassen ausgeschrieben. Der NDR ist als Medienpartner dabei. Insgesamt wurden Sach- und Geldpreise mit einem Gesamtwert von 32.500 Euro vergeben.

Landesverfassung: größte Reform seit elf Jahren gestartet

Antidiskriminierung, Artenvielfalt, Infrastruktur, Wohnraum und noch einiges mehr: Die schleswig-holsteinische Landesverfassung soll um eine Reihe von Staatszielen ergänzt werden (s. Kasten gegenüber). Das sieht ein gemeinsamer Antrag von CDU, Grünen, FDP und SSW vor, der im Oktober in Erster Lesung beraten wurde. Der Vorschlag enthalte „grundlegende Ziele, hinter denen sich alle Fraktionen dieses Landtages versammeln können", betonte CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Diese Einigkeit in grundsätzlichen Fragen beweise, „dass sich die politische Kultur in Schleswig-Holstein deutlich vom Rest der Republik unterscheidet".

Die umfangreichste Überarbeitung seit 2014 soll nach Anhörungen im Innen- und Rechtsausschuss Mitte 2026 in Kraft treten. Für eine Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag nötig, über die CDU und Grüne derzeit aus eigener Kraft verfügen. Dennoch sei die Koalition auf die Oppositionsfraktionen zugegangen und habe sie „intensiv eingebunden", so Koch. Man folge den Prinzipien „miteinander statt gegeneinander" und „Einigkeit statt Konfrontation". Diesen Punkt unterstrich der Grünen-Fraktionsvorsitzende Lasse Petersdotter: Alle fünf Fraktionen seien bei den Gesprächen im Vorfeld „miteinander zu guten Ergebnissen gekommen".

SPD fordert analoge Behördenkontakte

Dennoch hat die SPD den Änderungsvorschlag als einzige Fraktion nicht mitgezeichnet. Zwar sei man mit den meisten Änderungen „ausdrücklich" einverstanden, unterstrich die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli. Aber: Das Recht auf analogen Zugang zu Behörden und Gerichten solle gestrichen werden: „Das ist aus unserer Sicht ein Fehler." Ältere Menschen und Menschen mit Behinderung seien nach wie vor auf einen persönlichen oder schriftlichen Kontakt angewiesen: „Die Verfassung darf niemanden ausschließen." Zudem habe die holprige Umstellung der Landes-IT auf Open-Source-Produkte gezeigt: „Wir sind von einer digitalen Verwaltung noch weit entfernt." Dennoch gehe sie davon aus, dass in den anstehenden Beratungen ein Text gefunden werde, dem auch ihre Fraktion zustimmen könne: „Wir werden wahrscheinlich zu einem einstimmigen Beschluss kommen."

Die FDP will festschreiben, dass mindestens zehn Prozent der Ausgaben im Landeshaushalt für Investitionen reserviert werden müssen. Fraktionschef Christopher Vogt begründete: „Es ist aus unserer Sicht wichtig, dass das Land dauerhaft mehr investiert als zuletzt, damit in finanziell schwierigeren Zeiten nicht zu Lasten der Substanz, die dann langsam zerbröselt, gewirtschaftet wird, denn dadurch wird die Verschuldung nur verlagert und nicht vermieden." Christian Dirschauer (SSW) erinnerte daran, dass bereits seit 2022 ein Vorschlag seiner Fraktion für eine allgemeine Verfassungsbeschwerde vorliege. Derzeit müssten Bürger bis vors Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ziehen, um ihre Grundrechte einzuklagen, so Dirschauer. Das sei ein Demokratiedefizit: „Wir trauen unseren Bürgerinnen und Bürgern zu, ihre Rechte selbst in Anspruch zu nehmen."

Erneute Diskussion über Gottesbezug

Ein interreligiöses Bündnis von Christen, Juden und Muslimen wirbt darüber hinaus für die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Verfassung. Ein ähnlicher Vorstoß war 2014 knapp gescheitert. Seine Fraktion habe „große Sympathien" für eine solche „Demutsformel", so der Christdemokrat Koch, und seine Fraktionskollegin Anette Röttger sprach von einem wichtigen „Appell an unser menschliches Gewissen". Aus SPD, FDP und Grünen kamen zurückhaltende Stimmen. Er persönlich sei nicht überzeugt, dass ein solcher Passus in die Verfassung gehörte, entgegnete Grünen-Fraktionschef Petersdotter: Demut gehe „auch sehr gut ohne Gott". Martin Habersaat (SPD) warnte vor einer „Politisierung von Gott", und Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass es noch keinen konkreten Formulierungsvorschlag für eine „Gottesbezugsformel" gebe. Die Diskussion sei daher „verfrüht".

Mehr zur Entstehung der Landessatzung 1949 und der Landesverfassung 1990 auf den Seiten 14 bis 16

Tobias Koch (CDU): „Bei allen politischen Unterschieden besteht ein gemeinsamer Grundkonsens über die wesentlichen Ziele für unser Land."

Lasse Petersdotter (Grüne): „Wir wollen den Klimaschutz etablieren, wir wollen Kinderrechte stärken und den Kampf gegen Antisemitismus in die Landesverfassung aufnehmen."

Serpil Midyatli (SPD): „Das Staatsziel der Schaffung und Erhaltung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ist ein richtiges Zeichen für die zentrale soziale Frage unserer Zeit."

Christopher Vogt (FDP): „Das Land muss seiner Verantwortung für die Errichtung und den Erhalt einer angemessenen Infrastruktur aus unserer Sicht noch viel stärker als bisher nachkommen."

Christian Dirschauer (SSW): „Kinder müssen eine Stimme bekommen, denn wer heute den Kindern eine Stimme gibt, der stärkt die Demokratie von morgen."

Klima, Kultur, Kinderrechte: Das planen die Fraktionen

CDU, Grüne, FDP und SSW legen insgesamt zwölf Änderungsvorschläge zur Landesverfassung vor. So sollen „die natürlichen Grundlagen des Lebens" in die Präambel aufgenommen werden. Der Schutz des Klimas und der Artenvielfalt werden erwähnt, ebenso wie der „Schutz vor Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit". Das „kulturelle Erbe" des Landes wird herausgestellt, „einschließlich der jüdischen Kultur und der Kulturen der nationalen Minderheiten und Volksgruppen". Der Sport, der bisher gemeinsam mit der Kultur unter Schutz gestellt wird, soll einen eigenen Artikel erhalten. Zudem soll der Satz „Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden" eingefügt werden.

Die Kinderrechte, die bereits seit 2007 Verfassungsrang haben, sollen präzisiert werden. So sollen Kinder bei politischen Entscheidungen künftig „in angemessener Weise" beteiligt werden. Wie das genau geschehen soll, wird laut Entwurf später in einem eigenen Gesetz geregelt. Der bereits festgeschriebene „Schutz pflegebedürftiger Menschen" soll ergänzt werden um ihre „pflegenden Angehörigen". Weitere geplante neue Verfassungsinhalte sind der „bezahlbare Wohnraum" und die „angemessene Infrastruktur" – dazu zählen demnach Mobilität, Handel sowie Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur. Auch „digitale Basisdienste" und den „digitalen Zugang zu seinen Behörden und Gerichten" soll das Land „nach dem Stand der Technik" garantieren. Zwei Artikel, die den Sanierungspfad gemäß der Schuldenbremse bis 2020 und die allererste Wahl von Landesverfassungsrichtern im Jahr 2008 betreffen, sollen wegfallen, weil sie sich erledigt haben.

Die SPD hat den Änderungsvorschlag als einzige Fraktion nicht unterschrieben. Die Sozialdemokraten kritisieren die geplante Streichung des Rechts auf analogen Zugang zu Gerichten und Behörden. Bisher wird der „persönliche" und „schriftliche" Kontakt zu den Ämtern erwähnt, und es wird betont: „Niemand darf wegen der Art des Zugangs benachteiligt werden." Laut dem Mehrheitsentwurf soll dies ersetzt werden durch den Satz: „Das Land stellt die digitale Teilhabe an dem Zugang zu Behörden und Gerichten (…) für die Bürgerinnen und Bürger sicher, ohne dass dabei jemand benachteiligt werden darf." Die SPD fordert in einem Änderungsantrag, die bisherige Formulierung beizubehalten, denn „eine Begrenzung auf den digitalen Zugang führt faktisch zu einer Benachteiligung bestimmter Personengruppen", etwa älterer oder behinderter Menschen.

Die FDP will in der Landesverfassung festschreiben, dass mindestens zehn Prozent der Ausgaben im Landeshaushalt in Investitionen fließen müssen. Dazu zählen Baumaßnahmen und der Erwerb von Eigentum sowie von Unternehmensbeteiligungen, Wertpapieren, Forderungen und „sonstigem Kapitalvermögen". Zur Begründung verweisen die Freidemokraten auf den Sanierungsstau im Lande, der laut einem Regierungsbericht zum Jahresende 2023 insgesamt 15,73 Milliarden Euro betragen hat.

Der SSW hat bereits 2022 einen Vorschlag für eine allgemeine Verfassungsbeschwerde vorgelegt. Der Vorschlag liegt seitdem im Innen- und Rechtsausschuss. Demnach soll jeder Mensch beim Landesverfassungsgericht in Schleswig Klage erheben können, wenn er meint, „durch ein Landesgesetz oder die öffentliche Gewalt in seinen Grundrechten (…) verletzt zu sein". Der Satz bezieht sich auf die „landesspezifischen Grundrechte", etwa das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit oder die freie Schulwahl. Der SSW hatte bereits in vergangenen Wahlperioden eine solche „Jedermann-Klage" ins Spiel gebracht. Derzeit können nur die Landesregierung, ein Drittel der Abgeordneten des Landtages, zwei Fraktionen des Landtages sowie Gemeinden und Gemeindeverbände das Gericht anrufen. Bürger, die sich in ihren individuellen Grundrechten beeinträchtigt sehen, müssen das Bundesverfassungsgericht einschalten.

Breite Mehrheit: AfD-Verbot prüfen

Nach dem Willen einer großen Mehrheit im Landtag soll die AfD auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. Falls diese Prüfung „belastbare“ Ergebnisse erbringt, soll die Landesregierung ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) anstoßen. Das sieht ein Antrag von CDU, Grünen, SPD und SSW vor, den das Parlament Mitte Oktober beschlossen hat. Die AfD sei völkisch-nationalistisch, rassistisch und demokratiefeindlich, sagte SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli: „Wenn wir den begründeten Verdacht haben, dass eine Partei planvoll die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen will, darf die wehrhafte Demokratie nicht nur kritisieren, dann muss sie auch handeln.“ Lediglich die FDP zeigte sich skeptisch und enthielt sich in der Abstimmung.

„Wir müssen und dürfen nicht darauf warten, dass sich die Gefahren für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung erst verwirklicht haben“, betonte Birte Glißmann (CDU). Stimmen aus den Unionsparteien auf Bundesebene, die Ausgrenzung der AfD zu beenden, erteilte sie eine Absage: Diskussionen über mögliche Formen der Zusammenarbeit „verkennen unsere historische Verantwortung“, so Glißmann. Lasse Petersdotter (Grüne) verwies auf das „Potsdamer Treffen“, bei dem Ende 2023 Berichten zufolge auch AfD-Vertreter die massenhafte „Remigration“ von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gefordert hatten. Gegen derartige Bestrebungen würden nun die „Werkzeuge der wehrhaften Demokratie“ auf den Tisch gelegt.

Nach den Plänen der vier Fraktionen soll zunächst eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln abgewartet werden. Dort wird derzeit über einen Eilantrag der AfD entschieden. Die Partei fordert, ihre Einstufung als gesichert rechtsextrem durch den Bundesverfassungsschutz zurückzunehmen. Nach dem Richterspruch „soll unter Federführung des Bundes eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um Anhaltspunkte und Belege für ein Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zusammenzutragen“, heißt es in dem Kieler Antrag. „Dabei sind neben einem Verbot die Möglichkeit eines Teilverbots einzelner Landesverbände sowie der Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung in die Prüfung einzubeziehen.“

© dpa/Oliver Berg

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln hat die Alternative für Deutschland im Mai insgesamt als rechtsextremistisch eingestuft, dieses Urteil aber bis zu einem Gerichtsentscheid ausgesetzt. Mehrere Landesverfassungsämter haben einzelne AfD-Landesverbände als rechtsextrem verortet, etwa in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. In allen anderen Bundesländern gilt die Partei als Verdachtsfall.

„Wir machen das, weil wir wissen, was uns blüht, sollte die AfD an die Macht kommen“, unterstrich Christian Dirschauer (SSW). Gerade der SSW als Minderheitenvertretung sei sich der Gefahr bewusst. Auch Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) unterstützte den Antrag. Die AfD sei eine Partei, die sich „in weiten Teilen längst jenseits der demokratischen Grundsätze positioniert“ habe. „Bei der politischen Einschätzung der AfD sind wir uns hier im Hohen Hause weitgehend einig“, merkte Christopher Vogt (FDP) an. Eine Arbeitsgruppe, um die Partei zu bewerten, lehnten die Liberalen jedoch ab. Im Zentrum müsse die politische Auseinandersetzung stehen: Der größte Teil der AfD-Wähler bestehe aus „Menschen, die von den etablierten Parteien massiv enttäuscht sind“.

Verfahren von SRP bis NPD

Vor dem Bundesverfassungsgericht hat es bislang Verbotsverfahren gegen fünf Parteien gegeben. 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei (SRP), die als Nachfolgeorganisation der NSDAP galt, verboten. Ebenfalls mit einem Verbot endete 1956 das Verfahren gegen die kommunistische KPD. Die Verfahren gegen die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei und die Nationale Liste scheiterten 1994 daran, dass das Gericht beide Gruppierungen als Vereine und nicht als Parteien betrachtete. Die Hamburger Innenbehörde startete daraufhin ein Vereinsverbot. Das 2001 von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung eingeleitete Verfahren gegen die NPD wurde 2003 eingestellt, weil V-Leute des Verfassungsschutzes in der Führungsebene der Partei tätig waren. 2013 beantragte der Bundesrat erneut ein Verbot der NPD. Auch dies blieb erfolglos, weil die Richter keine „Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“ feststellten. Sprich: Die Partei galt zwar als extremistisch, gleichzeitig aber auch als unbedeutend.

Land will sich für Drohnenbekämfung wappnen

Nach Drohnensichtungen über Schleswig-Holstein, anderen Teilen Deutschlands, Polen und Skandinavien fordert der Landtag eine besonnene aber konsequente Reaktion. Konkret regten die Abgeordneten Mitte Oktober in einem gemeinsamen Antrag eine Drohnenabwehreinheit bei der Landespolizei an. Auch die Bundespolizei müsse mit entsprechender Technik ausgerüstet werden. Ein bundesweites Drohnenabwehrzentrum soll im Ernstfall ein Lagebild entwerfen und die Zuständigkeiten klären. Die Bundeswehr soll ihren Verteidigungsauftrag „robust" auslegen. Die nötigen gesetzlichen Regelungen, etwa eine Änderung des Luftsicherheitsgesetzes und ein neues Seesicherheitsgesetz, soll der Bund zügig auf den Weg bringen. „Wir spüren gerade schmerzlich, dass unsere Sicherheitsarchitektur in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Bereichen nicht nur heruntergefahren wurde, sondern auch, dass sie auf solche hybriden Attacken gar nicht ausgelegt ist.", so FDP-Fraktionschef Christopher Vogt.

Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) berichtete von 102 Sichtungen von Flugkörpern über kritischer Infrastruktur im Lande bis zum 10. Oktober. Allerdings sei nicht jeder Drohnenflug illegal. Vielfach habe es sich um Flugzeuge, Hubschrauber oder Hobby-Drohnen gehandelt. Die ungeklärten Fälle seien aber als „Mittel der hybriden Kriegsführung" zu betrachten. Das Land wolle darauf künftig „noch schneller reagieren", so die Ministerin. Die Polizei habe Spezialgeräte und neue Fahrzeuge beschafft und ein „Drohnenkonzept" erstellt. Zudem seien neue Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz eingerichtet worden.

Jugendoffiziere sollen häufiger in die Schulen kommen

Angesichts der angespannten Sicherheitslage und Desinformation in den sozialen Medien sollen Jugendoffiziere verstärkt an den Schulen über die Bundeswehr informieren. Das hat der Landtag Ende Oktober einstimmig gefordert. Die Landesregierung wurde aufgerufen, ihre Kooperationsvereinbarung mit dem Landeskommando Schleswig-Holstein zu aktualisieren. Auch Einsatzveteranen sollten eingebunden werden, so die Abgeordneten.

Jugendoffiziere kämen nicht zur „Nachwuchsanwerbung", sondern um „kontroversen Diskussionsangebote" zu machen, betonte Christopher Vogt, dessen FDP-Fraktion die Debatte gemeinsam mit CDU und Grünen angestoßen hatte. Die Schulen seien „der beste Ort, das Band zwischen der Gesellschaft und unserer Bundeswehr weiter wachsen zu lassen". Die „Zeitenwende", so Rasmus Vöge (CDU), müsse in allen Teilen der Bevölkerung ankommen. Jugendoffiziere brächten „Aufklärung statt Gerüchte" und machten Sicherheitspolitik erfahrbar und nachvollziehbar.

Malte Krüger (Grüne) mahnte einen „ehrlichen, realistischen Blick" auf den Bundeswehralltag an, etwa auf die teils schlechte Ausrüstung oder Fälle von Rechtsextremismus unter Soldaten. Junge Menschen müssten befähigt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Das entspreche dem „Beutelsbacher Konsens", der Neutralität und Ausgewogenheit in der politischen Bildung vorsieht. Kai Dolgner (SPD) schlug vor, nicht nur Gespräche mit Offizieren anzubieten. Zum vollständigen Bild gehöre, dass Jugendliche auch mit Mannschaftsdienstgraden sprechen: „Ein ehrlicher und offener Umgang ist der beste Schutz gegen falsche Vorstellungen und mögliche Enttäuschungen." Auch Jette Waldinger-Thiering (SSW) rief dazu auf, „das ganze Spektrum" vorzustellen: „Was in der Politik kontrovers ist, muss auch in den entsprechenden Unterrichtseinheiten kontrovers präsentiert werden können." Jugendoffiziere sollten auch die Schulen der dänischen Minderheit besuchen.

Justizministerin Kerstin von der Decken kündigte in Vertretung von Bildungsministerin Dorit Stenke (beide CDU) an, die „bewährte" Zusammenarbeit weiterzuführen. Schleswig-Holstein sei eines von neun Bundesländern, die eine solche Vereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen haben. Im Jahr 2024 habe es im Lande 95 Veranstaltungen mit rund 1.800 Schülern gegeben.

© dpa/Pia Bayer

Jugendoffiziere der Bundeswehr kommen auf Einladung in die Schulen. Als Referenten für politische Bildung informieren sie über Sicherheitspolitik und die Aufgaben der Soldaten.

Neue Bedrohungen: „Update“ für den Verfassungsschutz

Schleswig-Holsteins Verfassungsschutz soll mehr Zugriffsrechte bekommen. Zugleich erhalten Parlament und Justiz zusätzliche Kontrollmöglichkeiten über den Geheimdienst. Das sind Kernpunkte des neuen Verfassungsschutzgesetzes, das Innenministerin Magdalena Finke (CDU) im November vorgestellt hat. In ihrem Ressort ist auch der Verfassungsschutz angesiedelt. „Unser Land sieht sich einer Vielzahl von Bedrohungen für die innere Sicherheit ausgesetzt“, so die Ministerin, „sowohl von außen als auch von innen“. Um Extremismus von rechts und links, Islamismus und Delegitimierung des Staates entgegenzutreten, soll das 35 Jahre alte Regelwerk aktualisiert werden. Aus der Opposition kam grundsätzlicher Zuspruch, nun berät der Innen- und Rechtsausschuss.

Finke verwies auf Sabotageakte, Drohnensichtungen und Desinformationskampagnen. Darauf müsse der Verfassungsschutz als „Frühwarnsystem der Demokratie“ reagieren können. „Wir geben unseren Sicherheitsbehörden die Instrumente, die sie für eine effiziente und rechtssichere Arbeit brauchen“, sagte Birte Glißmann (CDU). Das bisherige Gesetz stamme aus einer Zeit, „in der Faxgeräte modern waren“, deswegen sei ein „Systemupdate“ nötig. Bürgerrechte und Sicherheitsinteressen würden in Einklang gebracht, merkte Jan Kürschner (Grüne) an. Die zusätzlichen Kontrollmöglichkeiten stärkten das Vertrauen in den Verfassungsschutz.

Bei der Abwägung von Freiheit und Sicherheit komme seine Fraktion „vorläufig zu einer positiven Einschätzung“, sagte Niklas Dürbrook (SPD): „Diese Reform kann ein Beitrag zum Selbstschutz unserer Demokratie sein.“ Er habe Bedenken, so Bernd Buchholz (FDP), ob die geplante Streichung der „Aggressionsklausel“ verfassungsgemäß sei. Eine reine Kritik an der freiheitlichen Demokratie sei noch kein Eingriffsgrund – es müsse auch das Bestreben erkennbar sein, die Grundordnung zu beseitigen. Auch Sybilla Nitsch (SSW) meldete Diskussionsbedarf an. So sei vorgesehen, bereits Jugendliche ab 14 Jahren in den Blick zu nehmen. „Kinder sind besonderes schutzbedürftig“, so Nitsch, „sie haben ein Recht auf Privatsphäre und Entwicklung“.

© dpa/David Hammersen

Die Spitzen des Verfassungsschutzes stellten im Juni 2025 ihren Jahresbericht vor (v.li.): Henrik Greve, Leiter der Abteilung Staatsschutz beim Landeskriminalamt, Torsten Holleck, Leiter des Verfassungsschutzes, und die damalige Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Für den schleswig-holsteinischen Verfassungsschutz sind nach Angaben der Landesregierung rund 130 Mitarbeiter des Innenministeriums tätig.

Die Pläne für den Geheimdienst

Künftig soll der Verfassungsschutz neben „Personenzusammenschlüssen“ auch Einzelpersonen in den Blick nehmen dürfen. Es soll eine gerichtliche Vorab- und Begleitkontrolle für besonders „eingriffsintensive“ Mittel wie den Einsatz von V-Leuten geben. Die Vertrauenspersonen dürfen keinen steuernden Einfluss auf ihre Gruppierung ausüben. Bei der Wohnraumüberwachung sind verdeckte „technische Mittel zur heimlichen optischen und akustischen Überwachung“ erlaubt. Die bisherige „Aggressionsklausel“ soll gestrichen werden. Nicht mehr nur eine „kämpferische, aggressive Haltung“ soll Voraussetzung für eine Überwachung sein, denn es gebe inzwischen auch formal gesetzestreue Bestrebungen, die den demokratischen Rechtsstaat gefährden könnten. Der Geheimdienst soll neue Befugnisse für Finanzermittlungen bekommen, um etwa den Geldfluss aus Rechtsrockkonzerten oder Kampfsportevents in rechtsextreme Kreise zu überwachen. Bei Einstellungsverfahren im Öffentlichen Dienst soll der Verfassungsschutz standardmäßig eingeschaltet werden. Daten von 14-Jährigen, im Einzelfall auch von Zwölfjährigen, sollen gespeichert werden dürfen, wenn es Hinweise auf eine „Frühradikalisierung im Internet“ gibt. Die Rolle des parlamentarischen Kontrollgremiums soll gestärkt werden: Die dort vertretenen Landtagsabgeordneten sollen mehr Akteneinsicht und Zutrittsrechte zu den Räumen des Verfassungsschutzes erhalten.

„Demokratie leben!“ mit neuen Schwerpunkten

Streit um das Förderprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesbildungsministeriums: Die SPD forderte im November, das Programm mit den bisherigen inhaltlichen Akzenten fortzusetzen. Der Fokus müsse weiterhin auf der Gefahr von rechts außen liegen, so die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli, denn „der Rechtsextremismus ist in diesen Tagen die größte Gefahr für unsere Demokratie“.

CDU und Grüne hielten hingegen eine inhaltliche Umorientierung für nötig. Neben Rechtsextremismus müsse „Demokratie leben!“ auch die radikale Linke, den Dschihadismus und den Antisemitismus in den Blick nehmen, heißt es in einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Zudem sollten neben zivilgesellschaftlichen Projekten auch Initiativen aus der „Arbeits- und Unternehmenswelt“ bezuschusst werden. Die Politik müsse den politischen Extremismus „in seiner Gesamtheit“ wahrnehmen, so der CDU-Abgeordnete Michel Deckmann.

Hintergrund des Disputs ist eine Neuausrichtung im zuständigen Bundesbildungsministerium, das seit Mai von der ehemaligen schleswig-holsteinischen Bildungsministerin Karin Prien (CDU) geleitet wird. Prien hat andere Schwerpunkte für das Programm angekündigt, das bis 2032 mit rund 180 Millionen Euro jährlich ausgestattet ist.

WiPo-Unterricht: Ruf nach mehr Realitätsnähe

Wirtschaft und Politik – diese beiden Komponenten stecken im Schulfach WiPo. Die FDP hat Ende November ihre Forderung erneuert, den ersten Bestandteil der Abkürzung stärker herauszustellen. Der wirtschaftliche Aspekt „kommt deutlich zu kurz“, monierte die Abgeordnete Anne Riecke. Das Land solle deswegen seine Fachanforderungen, die aus dem Jahr 2016 stammen, überarbeiten. Die Neufassung solle zum Schuljahr 2027/28 in Kraft treten. Aktuell machten wirtschaftliche Themen nur 20 Prozent des WiPo-Unterrichts aus, so Riecke. Unterstützung erhielt sie aber nur vom SSW, die SPD enthielt sich.

Bildungsministerin Dorit Stenke (CDU) kündigte eine Überarbeitung der Fachanforderungen an, in der auch „Entrepreneurship Education“ und Unternehmertum eine Rolle spielen werde. Grundsätzlich seien die bestehenden Vorgaben aber „ziemlich gut“, fand Malte Krüger (Grüne), denn „da sind viele wirtschaftliche Aspekte drin“. Das Fach wird in Schleswig-Holstein in den Klassen 7 bis 13 unterrichtet. In der Mittelstufe (Klassen 7 bis 10) gibt es vier Wochenstunden Unterricht, das Land strebt eine Erhöhung auf sechs Wochenstunden bis 2027 an. In der Oberstufe variiert die Stundenzahl, je nach Profil.

Lob für Bürgervorsteher und Stadtpräsidenten – höhere Entschädigung

Die Rolle der Vorsitzenden von Gemeinderäten, Ratsversammlungen und Kreistagen stand Anfang November im Zentrum einer Diskussionsveranstaltung in Nortorf (Kreis Rendsburg-Eckernförde). Die Bürgervorsteher und Stadtpräsidenten nehmen in Schleswig-Holstein nach der Kommunalverfassung eine besondere Rolle ein, da sie – gleichberechtigt neben Bürgermeister oder Landrat – ihre Kommune auch nach außen repräsentieren. Diese Stellung macht sie zum Ziel von Anfeindungen, real und in sozialen Medien. „Ehrenamtlich Engagierte sind das Rückgrat unserer Demokratie – sie tragen dazu bei, dass politische Entscheidungen nah an den Menschen bleiben und dass der Dialog in unserer Gesellschaft gelingt“, sagte Landtagspräsidentin Kristina Herbst vor rund 70 Teilnehmern. Die damalige Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) kündigte Entlastungen für das Ehrenamt an. Die Landesregierung wolle „spürbar höhere Entschädigungszahlungen“ ermöglichen. Eine entsprechende Verordnung hat das Innenministerium Mitte November herausgegeben. Demnach können die Kommunen ab 1. Januar den ehrenamtlich Tätigen deutlich höhere Entschädigungen zahlen. Die möglichen Höchstsätze steigen um 75 Prozent, konkret entscheiden muss jede Kommune vor Ort.

Neben Landtagspräsidentin und Innenministerin hatten die Kommunalen Landesverbände (Gemeindetag, Städteverband und Landkreistag) eingeladen. In einem Gastbeitrag stellte Prof. Christoph Brüning, Jura-Professor an der Uni Kiel und Präsident des Landesverfassungsgerichts, den rechtlichen Rahmen der Kreis- und Stadtpräsidenten und der Bürgervorsteher im schleswig-holsteinischen Kommunalverfassungsrecht dar.

„Jugend im Landtag“

Gegen Wehrpflicht, für ein AfD-Verbot – und für mehr Hip Hop in der Schule

Wehrdienst, Parteiverbot, öffentliche Sicherheit: Die „Jugend im Landtag“ (JiL) hat Ende November zu einer Reihe aktueller Themen Stellung bezogen und Anregungen für die „große Politik“ formuliert. Rund 80 Schüler, Azubis und FSJ’ler aus ganz Schleswig-Holstein sind auch in diesem Jahr für ein Wochenende im Landeshaus zusammengekommen. „Die Ideen und Beschlüsse von ‚Jugend im Landtag‘ haben in den letzten Jahren die Arbeit der Abgeordneten immer wieder inspiriert“, sagte Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies in ihrem Grußwort: „Machen Sie uns auf Ihre Sicht der Dinge aufmerksam, teilen Sie uns Ihre Meinungen mit und stellen Sie Ihre Forderungen!“

Debatte mit Rednerpult und Computerbildschirm: „Jugend im Landtag“

Eine breite Mehrheit wandte sich gegen die geplante Wiederbelebung der Wehrpflicht. „Ich will ein freies Leben führen, aber ich will keine Menschen töten“, sagte Teilnehmer Thilo in einer emotionalen Debatte. Pauline sah das ähnlich: „Junge Menschen gehören in die Ausbildung oder an die Uni, aber nicht in einen Pflichtdienst.“ Colins Gegenrede („Wir müssen verteidigungsfähig bleiben“) fand nur wenig Unterstützung. Der vom Landtag angeregte Weg zu einem AfD-Verbotsverfahren erhielt grundsätzlichen Zuspruch. JiL möchte „sofort“ eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einrichten, die eine wasserdichte Einstufung der Partei als „gesichert rechtsextrem“ anbahnt.

In der „Stadtbild“-Debatte über öffentliche Angsträume verwiesen die Jugendlichen auf die „Safe now“-App, die bereits erfolgreich am Hamburger Hauptbahnhof erprobt werde: Per Handy könnten dort im Notfall Sicherheitsdienst und Sanitäter „diskret und niedrigschwellig“ herbeigerufen werden. Dies sei insbesondere für Frauen eine große Hilfe. Im ländlichen Raum regten die Jugendlichen kostenlose „Party-Busse“ an – für den sicheren Heimweg nach der Disco.

Schule erst ab 8:30 Uhr?

Zudem sieht die „Jugend im Landtag“ Reformbedarf an den Schulen. Künftig soll es dort „verpflichtende Präventionsmodule“ geben, um Mobbing, Gewalt und Diskriminierung zurückzudrängen. Bereits in der vierten Klasse soll das Thema eine Rolle spielen, danach sollen jährlich neue Aspekte wie digitales Mobbing, Suchtprobleme, Leistungsdruck und Stressbewältigung dazukommen. Neue Schwerpunkte wie Medienkompetenz, Verbraucherbildung, ein jährlicher „Klimabildungstag“, regelmäßige „Demokratietage“, mehr Zeit für individuelles Lernen sowie Erste-Hilfe-Kurse stehen ebenfalls auf der Liste. Der Unterricht soll an weiterführenden Schulen „frühestens um 8:30 Uhr“ beginnen, und für Kinder aus einkommensschwachen Familien sollen „notwendige Schulmaterialien“, inklusive digitaler Ausstattung und Klassenfahrten, kostenfrei werden. Und: Hip-Hop-Songs gehören für „Jugend im Landtag“ in den Deutsch- und den Musikunterricht, denn „Lyrik kann auch Spaß machen“, so Rap-Fan Tristan.

Die insgesamt 90 Vorschläge der Teilnehmer im Alter von 14 bis 21 Jahren werden nun den Fraktionen, den Landesministerien und den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten vorgelegt. Deren Stellungnahmen bilden die Grundlage einer Abschlussdiskussion im kommenden Frühjahr. Es war das 38. Treffen der „Jugend im Landtag“. Geleitet wurde die Tagung von einem neu gewählten Präsidium. Es besteht aus der 16-jährigen Julia Schachl, Schülerin aus Itzehoe, Jette Spinger (16), Schülerin aus Schleswig, Justus Hartmann (17), Schüler aus Kiel, und Jan Langeloh, 21-jähriger Student aus Wedel.

Landesverfassung: Das wünscht sich die „Jugend im Landtag“

Was würdet ihr in die Landesverfassung schreiben? Angesichts der aktuell laufenden Verfassungsreform haben wir die Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ nach ihren Ideen gefragt.

„Mehr Schutz insbesondere für wirbellose Tiere (wie **Insekten**) + Schaffung neuer Lebensräume für diese.“
„Smiley“, 19 Jahre

„Mehr **Kulturvereine**, damit SH spaßiger wird.“
„Pinky Pie“, 14 Jahre

„Ankommen in der aktuellen Zeit: In der Verfassung kann nicht mehr nur die Rede von **‚Männern und Frauen‘** sein, sondern sie muss alle Personen in SH ansprechen.“
Caitlin, 18 Jahre

„Recht auf **Bildungsgerechtigkeit** in die Landesverfassung! Sooo wichtig!“ *Thilo, 17 Jahre*

„Bezahlbarer **Wohnraum** für alle!!!“ *Jonas, 19 Jahre*

„Schutz von **Frauen** (inklusive Transfrauen bzw. FLINTA*) als eine Priorität verankern:
– Recht auf Abtreibung
– Frauenhäuser
– Schutzzonen
– mehr Schutz vor häuslicher Gewalt und
– Verankerung des Begriffs ‚Femizid‘ als gezielter Mord an Frauen wegen ihres Geschlechts.“
Hannah, 18 Jahre

„Personen, die eine feste Arbeit haben (und keine Straftat begehen), sollten ein Grundrecht auf **Asyl** bekommen, und es sollte verboten sein, sie abzuschieben.“
Svea, 19 Jahre

„**Umweltschutz** vor Profit!“ *Paul, 20 Jahre*

„**Gewerkschaftsrechte.**“ *Lino, 19 Jahre*

„Artikel 34 [regelt das Ende der Amtszeit des Ministerpräsidenten]: Hinzufügung eines Paragrafen, der folgendes beinhalten soll: ‚Der Posten des **Ministerpräsidenten** darf nur zwei Mal von der gleichen Person besetzt werden.‘“
Max, 17 Jahre

Viele Köpfe, viele verschiedene Ideen bei „Jugend im Landtag“

„Das Land verpflichtet sich zum Schutz des **Wattenmeers** und der Küstenkultur. Es wahrt die biologische Vielfalt, erhält maritime Lebensräume und fördert einen verantwortungsvollen Umgang mit Meer und Küste.“
Noah, 18 Jahre

„**Verfassungsbeschwerde** auf Landesebene
– Ein eigener Verfassungsartikel für Wirtschaft und Arbeit.“
Justus, 17 Jahre

„Digitales Grundrecht & Digitalisierung:
– Jeder Mensch hat das Recht auf sichere, transparente und nachvollziehbare digitale Verwaltungsverfahren
– Verpflichtung des Landes zu Open-Source-Strategien in den Behörden
– Sicherstellung von **Internetzugang** als Bestandteil der Daseinsvorsorge (Breitband/5G in ganz SH)
– Transparenzpflicht für KI-Einsatz in der Verwaltung.“
Nele Sofie, 16 Jahre

„Zielbestimmung: Ausgleich zwischen **Stadt und Land**, Förderung strukturschwacher Regionen.“
Kolja, 21 Jahre

„Schutz von kleinen und regionalen **Sprachen**.“ *Noel*

„Aufnahme eines neuen Staatsziels:
– Schutz von Klima und **Artenvielfalt**
– SH eines der ersten Bundesländer, das den Artenschutz als Staatsziel festschreibt.“ *Julia, 16 Jahre*

„Kein **Gottesbezug**. Gehört nicht darein.“ *Barbara*

Vor 75 Jahren

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. 1950 stehen sich CDU und SPD so unversöhnlich gegenüber, dass die Christdemokraten den Landtag mehrere Monate lang boykottieren. Der Streit überschattet die Verabschiedung der ersten Landesverfassung.

1950: Landessatzung entzweit SPD und CDU – Politik des leeren Stuhls

„Meine Damen und Herren! Ich persönlich und mit mir auch die Freunde meiner Fraktion sehen den heutigen Tag als einen ganz dunklen Tag unserer politischen Zusammenarbeit an." So empörte sich der CDU-Abgeordnete Walther Böttcher in der Landtagssitzung vom 24. April 1950. Er warf der allein regierenden SPD vor, Beiträge der Christdemokraten pauschal vom Tisch zu wischen, „ohne dass man unseren wohlbegründeten Einwendungen auch nur irgendwie Rechnung getragen hätte". Böttcher weiter: „Aus diesem Grunde müssen wir Ihnen erklären, dass die CDU-Fraktion jetzt den Landtag verlässt!" Die 22 Christdemokraten erhoben sich laut Protokoll um 18:50 Uhr von ihren Plätzen und zogen aus dem Sitzungssaal aus, der damals in der Pädagogischen Akademie Kiel-Hassee lag. Und sie sollten für den Rest der Wahlperiode nicht zurückkehren.

Streitgespräch unter Fraktionsvorsitzenden: Carl Schröter (CDU, li.) und Andreas Gayk (SPD, re.). In der Mitte: Heinrich Fischer (SPD).

„Wollen nicht am selben Tisch sitzen"

Der CDU-Boykott bildete den Höhepunkt eines stetig wachsenden Konflikts zwischen Sozial- und Christdemokraten. Konkreter Anlass war der Abschlussbericht eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur sogenannten „Kieler Nachrichten"-Affäre. Der Hintergrund: Drei CDU-Abgeordnete sollen einen Miteigentümer der Tageszeitung mit dessen angeblicher NS-Vergangenheit unter Druck gesetzt haben. Sie wollten damit billig an dessen Anteile an dem Lokalblatt kommen, lautete der Vorwurf. Die CDU-Parlamentarier hätten „zusammengewirkt, um auf Grund ihrer politischen Stellung sich persönlich materielle Vermögensvorteile zu verschaffen", urteilte der SPD-Abgeordnete Heinz Adler. Dies widerspreche „den Gesetzen des Anstandes und der politischen Sauberkeit". Der Christdemokrat Franz Ryba hielt dagegen: „An den Beschuldigungen ist nichts wahr!" Nach dem CDU-Auszug versuchte Landtagspräsident Karl Ratz (SPD) die Wogen zu glätten und den besonders scharf attackierten CDU-Fraktionschef Carl Schröter zu besänftigen. Ratz lud Schröter persönlich zur nächsten Sitzung des Ältestenrates ein, doch dieser antwortete mit einem schroffen Brief: „Meine Privatsekretärin hat Ihnen bereits fernmündlich meine Absage übermittelt. Ich lege Wert darauf, Ihnen zu sagen, daß die CDU nach den Vorgängen der letzten Tage und Wochen nicht in die Gefahr kommen will, mit gewissen Herren der SPD an ein und demselben Tisch zu sitzen."

Bodenreform und Schulpolitik als Streitpunkte

Bereits seit Jahren hatten die beiden Parteien parlamentarische Kämpfe ausgefochten. Es herrschten fundamentale Differenzen zwischen überzeugten Sozialisten und strammen Konservativen. Ein Knackpunkt war die geplante Enteignung von Großbauern. Nach Willen der Sozialdemokraten sollte ein Landwirt maximal 100 Hektar Nutzfläche besitzen dürfen. Alles, was darüber hinausging,

sollte enteignet werden. Dies sei „eine wichtige Maßnahme zur Sicherung der Demokratie und des Friedens“, unterstrich SPD-Mann Erich Arp im Dezember 1947. Es müsse „endlich der Stab über die Grundherrenklasse gebrochen werden“. Arp hatte sich auf mehreren Reisen nach Mecklenburg über die Kollektivierung der Landwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone informiert. In Ost-Berlin traf er sich sogar mit den SED-Größen Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht, was ihm auch in den eigenen Reihen Kritik einbrachte. Die Gegenposition vertrat der spätere CDU-Ministerpräsident Friedrich-Wilhelm Lübke. Er beklagte einen „Ansturm der Linken gegen die letzten Pfeiler des Privateigentums“ und warnte vor einer „Kolchosenwirtschaft“ und dem „Zusammenbruch der gesamten Ernährungswirtschaft“.

Ein weiteres Streitthema war die Schulpolitik. Die Sozialdemokraten forderten die sechsjährige Grundschule, gemeinsame Unterrichtsstunden auch in höheren Klassen sowie Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Dies sei „nicht nur eine pädagogische Veränderung, sondern eine soziale Revolution“, sagte die Sozialdemokratin Elly Linden im März 1948. Die CDU pochte dagegen auf das traditionelle dreigliedrige Bildungssystem. Der Abgeordnete Hermann von Mangoldt warnte vor einer „Niveausenkung“ an den Schulen: „Begabte Kinder werden zwei Jahre länger in der Grundschule gehalten, sie verlieren dadurch zwei Jahre an der höheren Schule.“

Verfassung ohne CDU-Beteiligung

Ende 1949 spitzten sich die Konflikte weiter zu. Denn im Sommer 1950 stand die nächste Landtagswahl an, und die SPD, die den Urnengang im Mai 1947 noch mit absoluter Mehrheit gewonnen hatte, fürchtete eine Bauchlandung. Sowohl bei der ersten Bundestagswahl im August 1949 als auch bei der Kommunalwahl acht Wochen später war sie eingebrochen und hinter die Union zurückgefallen. Um ihre wichtigsten Projekte gegen einen möglichen Machtverlust abzusichern, verankerte die SPD-Mehrheit die Bodenreform und die sechsjährige Grundschule in ihrem Entwurf für eine Landessatzung, den Vorläufer der heutigen Landesverfassung. Die CDU reagierte auch hier mit einem Boykott. „Sollte dieses Gesetz verabschiedet werden, so werden wir es niemals anerkennen“, kündigte CDU-Vertreter von Mangoldt an, der im Frühjahr 1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates und damit einer der Väter des Grundgesetzes gewesen war: „Wir werden weder in den Ausschüssen noch im Plenum an irgendeiner Beratung dieser Vorlage teilnehmen.“

So wurde die Landessatzung am 13. Dezember 1949 mit 45 Ja-Stimmen aus SPD und SSW bei nur zwei Nein-Stimmen angenommen. Die Union hatte zwei Abgeordnete als „Beobachter“ in die Sitzung geschickt. Pikant: Die Landessatzung mit den SPD-Kernthemen wurde mit einfacher Mehrheit beschlossen – konnte aber nur mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Nachdem die Landessatzung verabschiedet war, kehrte die Union in den Saal zurück. Die Diskussion um die „Kieler Nachrichten“ wenige Monate später brachte das Fass dann aber endgültig zum Überlaufen. Die CDU setzte erneut und diesmal für den gesamten Rest der Legislaturperiode auf die Politik des leeren Stuhls. Auch für die allererste Sitzung im frisch renovierten Landeshaus an der Kieler Förde am 3. Mai 1950 machte die Union keine Ausnahme. Landtagspräsident Ratz sprach seine Eröffnungsrede („Ich hoffe, dass wir in diesem Saal eine fruchtbringende Arbeit für unser Land leisten können“) vor halbleeren Rängen.

Umgekehrte Vorzeichen nach der Wahl

Erst am 7. August 1950, vier Wochen nach der Landtagswahl, saß wieder ein komplettes Parlament im Saal. Die SPD war immer noch stärkste Partei, hatte aber die absolute Mehrheit verloren. Die CDU hatte sich zwar mit der neu eingezogenen FDP und der Deutschen Partei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen. Aber auch dieser sogenannte Wahlblock erreichte keine Mehrheit. Zünglein an der Waage war die erst wenige Monate zuvor gegründete Vertriebenenpartei BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), die sich zu einer Koalition mit dem Wahlblock zusammenfand, nachdem Gespräche mit der SPD gescheitert waren. Am 15. November 1950 strich die neue Koalition die SPD-Herzensthemen Bodenreform und sechsjährige Grundschule aus der Landessatzung. Wahlblock und BHE kamen zusammen genau auf die nötige Zweidrittelmehrheit von 46 der 69 Abgeordneten. Gegenstimmen gab es nur wenige. Laut Protokoll hatte „der größte Teil“ der SPD-Fraktion aus Protest den Saal verlassen.

Karsten Blaas

Vater des Grundgesetzes aber Gegner der Landessatzung: Hermann von Mangoldt (CDU)

Für eine „soziale Revolution“ in der Schule: Elly Linden (SPD)

Vor 35 Jahren

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

Die heute geltende Landesverfassung entstand nach einer Krise, die auch Lücken im politischen System offenbarte.

1990: Von der „Kieler Affäre“ zur neuen Verfassung

Nach getaner Arbeit gab es ein Glas Sekt: Als der Landtag am 30. Mai 1990 die neue Landesverfassung einstimmig beschlossen hatte, lud Parlamentspräsidentin Lianne Paulina-Mürl die Abgeordneten zum Anstoßen auf das gemeinsame Werk in den Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses. Der kleine Empfang bildete den Abschluss einer fast dreijährigen Arbeit, an deren Anfang allerdings niemandem nach Feiern zumute war.

Denn die „Kieler Affäre“ um Diffamierungen aus der CDU-geführten Staatskanzlei gegen Oppositionsführer Björn Engholm (SPD) hatte 1987 nicht nur das Vertrauen der Bürger in die Politik erschüttert. Sie hatte auch die Schwächen der alten Landessatzung aus dem Jahr 1949 offenbart. Im Landtag herrschte nach dem Urnengang vom September 1987 ein Patt zwischen CDU/FDP auf der einen und SPD/SSW auf der anderen Seite, und so gab es keine Mehrheit für die Wahl eines Nachfolgers für den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Uwe Barschel. Der Landtag konnte sich laut Landessatzung aber auch nicht selbst auflösen und Neuwahlen ausrufen. Das stand allein dem Regierungschef zu. Um die vertrackte Situation zu lösen, übernahm der Minister für Bundesangelegenheiten, Henning Schwarz (CDU), geschäftsführend das Amt des Ministerpräsidenten und leitete Neuwahlen im Mai 1988 ein.

Die Rechte des Parlaments sollten gestärkt werden

Da hatte der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, der die „Kieler Affäre“ aufdecken sollte, bereits eine grundlegende Verfassungsreform angemahnt: Die Macht der Regierung müsse begrenzt, die Rolle des Parlaments, insbesondere der Opposition, sollte gestärkt werden. Nach der Neuwahl setzte der neue Landtag zunächst eine Enquete-Kommission ein, die „Anregungen für entsprechende Änderungen der Landessatzung“ geben sollte. Auf Grundlage der 180 Seiten starken Empfehlungen der Kommission ging dann ein Sonderausschuss im Februar 1989 konkret ans Werk und legte dem Landtag nach insgesamt 30 Sitzungen die 60 Artikel der neuen Landesverfassung zur Abstimmung vor.

Im Mai 1990 beendet der Sonderausschuss zur Verfassungs- und Parlamentsreform seine Arbeit und übergibt den Abschlussbericht an die Parlamentspräsidentin. V.l.n.r.: Landtagspräsidentin Lianne Paulina-Mürl, Karl Otto Meyer (SSW), Oppositionsführer Heiko Hoffmann (CDU) und der Ausschussvorsitzende, SPD-Fraktionschef Gert Börnsen.

„Deutschlands modernste Verfassung“

Zu den Kernpunkten zählten das Selbstauflösungsrecht des Parlaments und die Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf die Dauer der Wahlperiode. Auch die Auskunftsrechte für die Opposition erhielten Verfassungsrang – von der Aktenvorlage bis zum Untersuchungsausschuss. Zudem wurden Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide aufgenommen, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie der Umweltschutz als Staatsziele festgeschrieben. Auch Schutz und Förderung der dänischen Minderheit und der friesischen Volksgruppe wurden verankert.

„Es ist uns gelungen, die bisherige Dominanz des Verfassungsorgans Landesregierung abzubauen“, betonte SPD-Fraktionschef Gert Börnsen am 30. Mai 1990 im Landtag, und sein CDU-Amtskollege Heiko Hoffmann gab seiner Hoffung Ausdruck, dass das neue schleswig-holsteinische Verfassungswerk „vorbildlich sein kann“ für die damals aktuell laufenden Länder-Neugründungen in der DDR – was dann auch tatsächlich geschah. Auch der Staatsrechtler Albert von Mutius fand in einer ersten Bilanz zwei Jahre später lobende Worte: Schleswig-Holstein habe „gewiss die derzeit modernste aller deutschen Verfassungen“.

Daniel Günther, CDU-Abgeordneter und Ministerpräsident, ist auf einem Parteitag in Neumünster Ende November in seinem Amt als Landesvorsitzender der Christdemokraten bestätigt worden. Er erhielt 94,4 Prozent der Stimmen. Der Eckernförder führt die Nord-Union seit 2016. Auch der Generalsekretär, der Landtagsabgeordnete **Lukas Kilian,** wurde in seinem Amt bestätigt. Die Abgeordnete **Birte Glißmann** bleibt stellvertretende Schatzmeisterin, und die Abgeordnete **Dagmar Hildebrand** fungiert weiter als Mitgliederbeauftragte. Zu den elf Beisitzern des Vorstands gehören die Landtagsabgeordneten **Rixa Kleinschmit, Seyran Papo, Ole-Christopher Plambeck** und **Anette Röttger**.

Ulf Kämpfer, Umweltstaatssekretär von 2012 bis 2014 und seitdem Kieler Oberbürgermeister, wird Spitzenkandidat der SPD für die kommende Landtagswahl, die für das Frühjahr 2027 geplant ist. Der gebürtige Eutiner erhielt in einem Mitgliederentscheid 79,8 Prozent der Stimmen und setzte sich damit gegen Fraktions- und Landeschefin Serpil Midyatli durch, die 20,2 Prozent erhielt. Die Beteiligung lag bei 44,6 Prozent, damit ist das Mitgliedervotum gemäß Parteistatut bindend. Nach dem Entscheid kündigte Midyatli an, den Landesvorsitz abgeben zu wollen, und schlug Kämpfer als Nachfolger vor. Die Wahl soll auf einem Sonderparteitag im Februar 2026 erfolgen.

Sybilla Nitsch bleibt Landesvorsitzende des SSW. Die Landtagsabgeordnete aus Husum erhielt Mitte Oktober bei einem Parteitag in ihrer Heimatstadt 85 Ja-Stimmen. Es gab sieben Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Nitsch hatte im April 2025 die Nachfolge von Landtagsfraktionschef Christian Dirschauer an der Spitze der Partei angetreten. Im Landtag ist sie zudem Parlamentarische Geschäftsführerin.

Anette Röttger, CDU-Abgeordnete aus Lübeck, und **Beate Raudies,** SPD-Parlamentarierin aus Elmshorn, vertreten den Landtag auch in den kommenden drei Jahren im Vorstand des Landesverbands der Bibliotheken. Der Landtag wählte die beiden Ende November einstimmig.

Rasmus Vöge, CDU-Abgeordneter aus Ratzeburg, vertritt den Landtag in der kommenden Mandatsperiode (2026 bis 2031) in der Regionalkammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats (KGRE). Das Parlament wählte ihn im November einstimmig. Die Kammer vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der 46 Mitgliedsstaaten des Europarats.

Silke Torp wird ab 1. Januar Präsidentin des Landesrechnungshofs. Der Landtag

wählte die bisherige Finanzstaatssekretärin Mitte Oktober mit den Stimmen von CDU, Grünen, FDP und SSW. Die SPD votierte gegen sie. Die Landesregierung hatte Torp für den Posten vorgeschlagen. Sie tritt die Nachfolge der scheidenden Rechnungshofpräsidentin Gaby Schäfer an. Die Amtszeit beträgt zwölf Jahre.

Staatssekretäre: Im Zuge der Kabinettsumbildung (**s. Seite 3**) gab die Landesregierung Anfang November mehrere Wechsel auf Staatssekretärsebene bekannt. Anne Benett-Sturies, Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium, ist in den Ruhestand getreten. Ihr folgte **Otto Carstens,** zuvor Justizstaatssekretär. Als neue Justizstaatssekretärin wurde **Birgit Heß** berufen, die zuletzt Leitende Oberstaatsanwältin in Kiel war. Im Innenministerium nimmt **Sönke E. Schulz** den Posten der zur Ministerin aufgestiegenen Magdalena Finke ein. Er war davor Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages. Nachfolgerin von Silke Torp, die zum Jahreswechsel an die Spitze des Landesrechnungshofs wechselt, wird **Franziska Richter,** bisher Büroleiterin von Finanzministerin Silke Schneider.

Runde Geburtstage

Rainer Ute Harms aus Bilsen (Kreis Pinneberg), von 1971 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 6. Oktober seinen 85. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Uwe Eichelberg aus Großhansdorf (Kreis Stormarn), von 1996 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 22. November seinen 85. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Max Stich aus Flensburg, von 1975 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 24. November seinen 85. Geburtstag gefeiert.

❀ ❀ ❀

Peter Eichstädt aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, von 2000 bis 2017 für die SPD im Landtag, hat am 17. Oktober seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2026

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1 Do Neujahr	1 So	1 So	1 Mi	1 Fr Tag der Arbeit	1 Mo
2 Fr	2 Mo	2 Mo	2 Do	2 Sa	2 Di
3 Sa	3 Di	3 Di	3 Fr Karfreitag	3 So	3 Mi
4 So	4 Mi	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do
5 Mo	5 Do	5 Do	5 So Ostern	5 Di	5 Fr
6 Di Heil. drei Könige	6 Fr	6 Fr	6 Mo Ostern	6 Mi	6 Sa
7 Mi	7 Sa	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So
8 Do	8 So	8 So Internationaler Tag der Frau	8 Mi	8 Fr	8 Mo
9 Fr	9 Mo	9 Mo	9 Do	9 Sa Europatag	9 Di
10 Sa	10 Di	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi
11 So	11 Mi	11 Mi	11 Sa	11 Mo	11 Do
12 Mo	12 Do	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr
13 Di	13 Fr	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa
14 Mi	14 Sa	14 Sa	14 Di	14 Do Christi Himmelfahrt	14 So
15 Do	15 So	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo
16 Fr	16 Mo	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di
17 Sa	17 Di	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi
18 So	18 Mi	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do
19 Mo	19 Do	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr
20 Di	20 Fr	20 Fr	20 Mo	20 Mi	20 Sa
21 Mi	21 Sa	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So
22 Do	22 So	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo
23 Fr	23 Mo	23 Mo	23 Do	23 Sa Tag des Grundgesetzes	23 Di
24 Sa	24 Di	24 Di	24 Fr	24 So Pfingsten	24 Mi
25 So	25 Mi	25 Mi	25 Sa	25 Mo Pfingsten	25 Do
26 Mo	26 Do	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr
27 Di Holocaust-Gedenktag	27 Fr	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa
28 Mi	28 Sa	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So
29 Do		29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo
30 Fr		30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di
31 Sa		31 Di		31 So	

39. Tagung: 28. Januar – 30. Januar
40. Tagung: 25. März – 27. März
41. Tagung: 18. April – 20. April
42. Tagung: 6. Mai – 8. Mai
43. Tagung: 17. Juni – 19. Juni

2026: 80 Jahre Landtag

Im kommenden Jahr feiert der Landtag sein 80-jähriges Bestehen. Am 26. Februar 1946 kam im Kieler Stadttheater in der Holtenauer Straße der erste Schleswig-Holsteinische Landtag nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen. Dem Parlament gehörten 55 Männer und sechs Frauen an, die von der britischen Besatzungsmacht ernannt worden waren. Neben britischen Offizieren war Oberpräsident Theodor Steltzer (CDU) der einzige deutsche Redner der Tagung. Er nannte den Aufbau demokratischer Strukturen sowie „Arbeitsbeschaffung“, „Seßhaftmachung der Flüchtlinge“ und „Wohnungsbeschaffung“ als zentrale Aufgaben. Das neue Landesparlament hatte nur begrenzten Einfluss und tagte lediglich neun Mal bis zum September 1946. Dann folgte ein zweiter ernannter Landtag, basierend auf den Ergebnissen der damaligen Kommunalwahlen. Mit der ersten Landtagswahl im Mai 1947 war die Volksvertretung demokratisch legitimiert.

Auch Schleswig-Holstein hat einen runden Geburtstag: Am 23. August jährt sich die Gründung des nördlichsten Bundeslands ebenfalls zum 80. Mal.

Eröffnung des ersten ernannten Landtages am 26. Februar 1946 im Kieler Stadttheater: Auf der Bühne saßen größtenteils Vertreter der britischen Militärregierung. Ganz rechts: Oberpräsident (später Ministerpräsident) Theodor Steltzer.

Legende: Plenum, Ältestenrat, Schulferien / Sitzungsfreie Zeit, Bundesrat

Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Mi	1 Sa	1 Di	1 Do	1 So	1 Di
2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo	2 Mi
3 Fr	3 Mo	3 Do	3 Sa Tag der Deutschen Einheit	3 Di	3 Do
4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr
5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Sa
6 Mo	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So 2. Advent
7 Di	7 Fr	7 Mo	7 Mi 46. Tagung	7 Sa	7 Mo
8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di
9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi 48. Tagung
10 Fr	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do
11 Sa	11 Di	11 Fr	11 So	11 Mi 47. Tagung	11 Fr
12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Sa
13 Mo	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So 3. Advent
14 Di	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Mo
15 Mi	15 Sa	15 Di	15 Do	15 So Volks-trauertag	15 Di
16 Do	16 So	16 Mi 45. Tagung	16 Fr	16 Mo	16 Mi
17 Fr	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do
18 Sa	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi Buß- und Bettag	18 Fr
19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 Sa
20 Mo	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So 4. Advent
21 Di	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo
22 Mi	22 Sa	22 Di	22 Do	22 So Totensonntag	22 Di
23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mi
24 Fr	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do Heiligabend
25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr 1. Weihnachtstag
26 So	26 Mi 44. Tagung	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Sa 2. Weihnachtstag
27 Mo	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So
28 Di	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa	28 Mo
29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So 1. Advent	29 Di
30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mi
31 Fr	31 Mo		31 Sa Reformationstag		31 Do Silvester

2026 wird ein „Superwahljahr“

Im kommenden Jahr sind fünf Landtagswahlen angesetzt, hinzu kommen drei kommunale Urnengänge. Damit können rund 61 Prozent aller deutschen Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Schleswig-Holstein ist nicht dabei, aber in den folgenden Jahren wird auch im Norden wieder landesweit gewählt: Im Frühjahr 2027 steht voraussichtlich die nächste Landtagswahl an, 2028 folgt die Kommunalwahl, und 2029 sind die Bundestagswahl und die Europawahl geplant.

8. März	Baden-Württemberg	Landtagswahl	5 Jahre
8. März	Bayern	Kommunalwahl	6 Jahre
15. März	Hessen	Kommunalwahl	5 Jahre
22. März	Rheinland-Pfalz	Landtagswahl	5 Jahre
6. September	Sachsen-Anhalt	Landtagswahl	5 Jahre
13. September	Niedersachsen	Kommunalwahl	5 Jahre
20.September	Berlin	Wahl zum Abgeordnetenhaus	5 Jahre
20. September	Mecklenburg-Vorpommern	Landtagswahl	5 Jahre

Sondervermögen: Günther stellt Milliardeninvestitionen in Aussicht

Mit einem „historischen Investitionspaket“ soll Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren modernisiert werden. Das kündigte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in einer Regierungserklärung Mitte Oktober an. Das Geld dafür stammt aus dem schuldenfinanzierten Sondervermögen, das Bundestag und Bundesrat Anfang des Jahres beschlossen haben. Günther verteidigte die umstrittene Schuldenaufnahme von deutschlandweit bis zu 500 Milliarden Euro: Das Geld helfe, um „zentrale Aufgaben unserer Zeit anzugehen“.

Das Land wolle die Mittel „kräftig und zielgerichtet“ bis 2030 ausgeben, so der Regierungschef: „Gemeinsam machen wir Schleswig-Holstein schneller, moderner, klimafreundlicher sicherer und zuversichtlicher.“ Es fließe Jahr für Jahr so viel Geld in die Infrastruktur „wie noch nie zuvor in Schleswig-Holstein“. 62,5 Prozent des schleswig-holsteinischen Anteils gehe direkt an Gemeinden, Städte und Kreise. Kein anderes Land agiere so „kommunalfreundlich“.

Opposition vermisst zentrale Bereiche

Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) forderte andere Schwerpunkte. Im Lande fehlten Kita-Plätze, Schulen müssten saniert werden, und der Ganztagsausbau komme nicht voran. Zudem vermisste sie eine Wohnungsbauoffensive: „Eine der größten sozialen Fragen unserer Zeit wird von dieser Landesregierung nicht beantwortet.“

Christopher Vogt (FDP) bescheinigte der Regierung „das politische Glück“, vom Bund viel Geld zum Verteilen zu bekommen. Zwar seien die meisten Maßnahmen „nachvollziehbar“, aber es sei ein „schwerer Fehler“, den Hochschulbau zu vernachlässigen: „Das muss unbedingt korrigiert werden.“

Tobias Koch (CDU) hoffte, das Paket schaffe eine „Initialzündung für Wirtschaftswachstum“ und eine „Resilienz vor Krisen und Bedrohungen“. Ziel seien „spürbare Verbesserungen für die Menschen in Schleswig-Holstein“. Es gehe darum, die Handlungsfähigkeit des Staates zu beweisen und damit Extremisten und Populisten zurückzudrängen.

Lasse Petersdotter (Grüne) betonte, eine funktionierende Infrastruktur sei „eine Grundsäule für eine funktionierende Gesellschaft“. Mit den Schwerpunkten Bildung, Verkehr, Klimaschutz, Krankenhäuser, Soziales und Bevölkerungsschutz habe die Landesregierung ein Programm vorgelegt, das Probleme löse und „die Lebensqualität im Alltag erhöht“.

Christian Dirschauer (SSW) mahnte, nicht nur die „Ballungsräume“ zu berücksichtigen: „Flensburg, Nordfriesland, die ganze Grenzregion – sie alle brauchen einen gerechten Anteil.“ Dankbar zeigte sich Dirschauer für die zehn Millionen Euro, die für Einrichtungen der nationalen Minderheiten vorgesehen sind. Das sei „ein wichtiges Zeichen“.

Das ist geplant

Schleswig-Holstein stehen 3,4 Milliarden Euro aus dem Bundespaket zu, davon sollen 2,1 Milliarden direkt an die Kommunen gehen. Aus den 1,3 Milliarden Euro für das Land sollen 280 Millionen in Ganztagsgrundschulen fließen. Für den Straßenbau gibt es 200 Millionen Euro, weitere 200 Millionen sind für das Schienennetz eingeplant und 140 Millionen für die Sanierung von Häfen in Kiel, Lübeck, Brunsbüttel und Hörnum auf Sylt. Zehn Millionen stehen für Radwege bereit. Außerdem sollen 200 Millionen Euro für die Modernisierung von Krankenhäusern und 100 Millionen Euro für die soziale Infrastruktur ausgegeben werden, etwa für Frauenhäuser und Schwimmhallen. 36 Millionen Euro sind für den Aufbau eines Zentrums für Bevölkerungsschutz in Kiel sowie die Erweiterung der Landesfeuerwehrschule Harrislee geplant. 121 Millionen Euro gibt es für Klimaschutz und Energiewende, darunter 30 Millionen für die Sanierung von Landesliegenschaften, 21 Millionen für die energetische Sanierung der sozialen Infrastruktur und 30 Millionen für Hochwasserschutz an der Ostsee.

Rund zwei Stunden debattierte der Landtag über das Sondervermögen.

Zucker-Getränke sollen teurer werden – per Steuer oder Abgabe

Zu viel Zucker macht krank und dick, und stark überzuckerte Getränke gefährden die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Studien belegen steigende Zahlen bei Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Karies. Um den Trend zu stoppen, schlägt der Landtag vor, die Hersteller von Soft- und Energydrinks zur Kasse zu bitten. Die „Zuckerbremse“, so Jasper Balke (Grüne) in der Oktobersitzung, könne in Form einer Zuckersteuer oder einer Abgabe kommen. Entscheidend sei: Der Bund müsse bei diesem Thema aktiv werden. Das zusätzlich eingenommene Geld solle in Präventionsprogramme fließen.

Viele Jugendliche wüssten nicht, wie viel Zucker in der Brause schwimme und „schnell getrunken“ werde, stellte Cornelia Schmachtenberg (CDU) fest. Deswegen brauche die Getränkeindustrie „ökonomische Anreize“. Vorbild sei die britische „Sugar Tax“. Dies unterstrich Gesundheitsministerin Kerstin von der Decken (CDU). In Großbritannien habe sich die Zuckeraufnahme aus Softdrinks bei Minderjährigen seit Einführung der Zuckersteuer im Jahr 2018 halbiert. Die Hersteller brächten nun „gesündere Rezepturen“ auf den Markt, und bei jungen Menschen sei ein Rückgang bei Zahnproblemen und Fettleibigkeit zu beobachten.

Laut Verbraucherzentrale und Stiftung Warentest kann ein halber Liter Limonade den Gegenwert von 16 Stück Würfelzucker enthalten.

SPD nimmt auch andere Lebensmittel in den Fokus

Auch die Opposition war grundsätzlich mit an Bord. SPD, FDP und SSW vermissten allerdings eine Klarstellung, ob eine Steuer oder eine Abgabe angestrebt wird. Der Unterschied: Eine Abgabe ist zweckgebunden, während das Geld aus einer Steuer im Gesamthaushalt aufgeht. Nur die Einnahmen aus einer Abgabe landeten „eins zu eins in der Prävention“, merkte Heiner Garg (FDP) an. Einen „Steuerschnellschuss“ lehne er ab.

Birte Pauls (SPD) hatte die Landtagsdebatte angestoßen: „Beim Thema Zucker können wir nicht auf den freien Markt setzen, der angeblich alles regelt.“ Die freiwillige Selbstverpflichtung der Industrie sei gescheitert. Die Sozialdemokraten forderten eine „Herstellerabgabe“ nicht nur für stark gezuckerte Getränke, sondern für alle Lebensmittel. Dies will Schwarz-Grün aber erst in einem zweiten Schritt angehen. Christian Dirschauer (SSW) verwies auf weitere „versteckte Zuckerzusätze“, etwa in Ketchup oder Fertiggerichten. Jeder Mensch in Deutschland nehme 33 Kilogramm Zucker im Jahr zu sich, die Kosten im Gesundheitssystem betrügen jährlich mehr als 100 Milliarden Euro.

Eiweißpflanzen: „Ökonomisch und ökologisch sinnvoll“

Hülsenfrüchte, Klee und Raps aus heimischer Produktion anstelle von Soja-Importen aus den USA oder Brasilien: Der Landtag fordert einstimmig, regionale Eiweißpflanzen stärker zu fördern, um unabhängig vom Weltmarkt zu werden und die Ernährungssicherheit im Lande zu stärken.

Rixa Kleinschmit (CDU), die das Thema im Oktober gemeinsam mit den Grünen auf die Tagesordnung gesetzt hatte, wies auf die „Eiweißlücke“ hin: „Zurzeit werden nur etwa 30 Prozent des Eiweißbedarfs mit heimischer Ware gedeckt, rund 70 Prozent werden importiert.“ Dirk Kock-Rohwer (Grüne) sah auch „ökologische Chancen“. Leguminosen (Hülsenfrüchte) seien ein „Geschenk der Natur“, denn Ackerbohnen und Erbsen binden den Stickstoff aus der Luft. Dadurch werde weniger Dünger nötig.

Auch aus der Opposition kam grundsätzlicher Zuspruch. Der Plan sei „ökologisch klug und ökonomisch sinnvoll“, so Sandra Redmann (SPD). Ihre Fraktion habe dies bereits 2013 vorgeschlagen.

Andere Bundesländer hätten eigene „Eiweißstrategien“, berichtete Anne Riecke (FDP). Schleswig-Holstein müsse ebenfalls ein solches Konzept entwickeln. Michael Schunck (SSW) wies darauf hin, dass in Südamerika große Waldflächen für den Sojaanbau gerodet würden, und auch der Transport über den Atlantik hinterlasse einen großen „CO_2-Fußabdruck“. Sein Ministerium, so Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU), habe ein Modellvorhaben auf den Weg gebracht, um Eiweißpflanzen nicht nur zur Rinderfütterung, sondern auch für die menschliche Ernährung zu nutzen.

A20-Weiterbau: „Historischer Erfolg“ oder „Ablasshandel“?

War es ein zu teurer Deal? CDU und Grüne haben in einer Aktuellen Stunde Ende November den Durchbruch beim Weiterbau der Autobahn 20 gelobt, während die Opposition Bedenken äußerte. Das Land hatte einen Vergleich mit Umweltschützern geschlossen und damit einen jahrelangen Stillstand aufgelöst.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte 2013 den A20-Weiterbau östlich von Bad Segeberg gestoppt, weil es den Fledermausschutz für nicht ausreichend hielt. Seitdem stehen die Bagger still. Mitte November 2025 haben sich das Land und der Umweltverband BUND auf mehr Fledermausschutz rund um die Segeberger Kalkberghöhlen geeinigt, die als größtes Fledermaus-Überwinterungsquartier Deutschlands gelten. Eine mit 14 Millionen Euro ausgestattete Landesstiftung soll den Schutz der bedrohten Tiere absichern. Im Gegenzug zieht der BUND eine Klage gegen den Weiterbau zurück. Der Autobahnbau soll 2026 wieder starten, das Teilstück soll 2032 fertig sein. Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) sprach von einem „dänischen Weg“: In Dänemark sei es üblich, Konflikte im Dialog zu lösen. Dieses Prinzip müsse auch bei künftigen Verfahren greifen.

© dpa/Christian Charisius

Aus Lübeck kommend verengt sich die A20 kurz vor Bad Segeberg zur Bundesstraße 206 und führt etwa 33.000 Fahrzeuge täglich durchs Stadtzentrum. Anfang Dezember hat der Bund die Freigabe für weitere 9,9 Autobahnkilometer südlich der Stadt bis Wittenborn gegeben. Das Land und die Autobahn GmbH können mit der Planung beginnen.

Die Geschichte der A20 stecke voller „Pleiten, Pech und Pannen“, klagte Niklas Dürbrook (SPD). Die Einigung bezeichnete er als „das Schlechteste aus zwei Welten: bitterlange Verzögerungen und dann ein mehr oder weniger teurer Deal.“ Aus Sicht von Christopher Vogt (FDP) hat Schwarz-Grün eine jahrelange Blockade der Umweltschützer belohnt. Bei weiteren Abschnitten drohten nun „die Haselmaus- und die Zwergschwan-Stiftung mit noch mehr Kapital aus Steuergeldern“. Sybilla Nitsch (SSW) sprach den Minister an: „Das hier ist nicht der dänische Weg – der funktioniert ganz anders.“ In Dänemark würden Einwände frühzeitig einbezogen, ohne dass es zu einem „Ablasshandel“ komme.

Lukas Kilian (CDU) hielt dagegen: „Dieser Durchbruch ist ein historischer Erfolg.“ Der Vergleich zeige, dass Lösungen auf Augenhöhe möglich seien, dürfe aber „nicht zur Regel werden“. Der BUND sei Anwalt der Natur und habe einen guten Anlass zum Klagen gehabt, unterstrich Lasse Petersdotter (Grüne): „Wir bleiben weiterhin keine Fans der A20.“

Sonntags-Shopping am Automaten

Noch gibt es viele offene Fragen

Automaten-Supermärkte auf dem Dorf sollen auch am Sonntag öffnen dürfen. Das sieht eine Änderung des Ladenöffnungsgesetzes vor, die Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) Ende November vorgestellt hat.

Das Gesetz soll für Geschäfte mit bis zu 350 Quadratmetern in Orten mit maximal 2.500 Einwohnern gelten. Ist der Laden an einen „Markttreff“ angeschlossen, ist 400 Quadratmeter Fläche erlaubt. Dort dürfen laut Gesetzentwurf „bis zu drei größere Warenautomaten“ stehen. Es darf an Sonn- und Feiertagen kein Personal zum Nachfüllen eingesetzt werden, das gilt auch für die Geschäftsinhaber. Die gesetzliche Klarstellung ist laut Ministerium auch mit Blick auf zwei Gerichtsurteile erforderlich. Richter haben festgestellt, dass Warenautomaten derzeit nicht vom Ladenöffnungsgesetz erfasst werden.

Die Opposition stimmte im Grundsatz zu, hielt aber die geplanten Vorgaben für nicht praxistauglich. Kianusch Stender (SPD) äußerte Zweifel, dass die vorgeschlagene Neuerung vor Gericht Bestand habe. Bernd Buchholz (FDP) verwies auf ein Beispiel aus Heidgraben (Kreis Pinneberg). Der Ort habe 2.800 Einwohner – der dort ansässige Markt müsse also laut dem Regierungsentwurf künftig sonntags geschlossen bleiben. Nun berät der Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss.

„Stadtbild“: Verständnis und Kritik für Merz-Aussagen

Die Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) über angeblich unsichere Gegenden haben auch im Norden Kontroversen ausgelöst. Bei einer Pressekonferenz im Oktober hatte Merz von einem „Problem“ im „Stadtbild“ gesprochen und damit eine verschärfte Migrationspolitik begründet. Er hatte sich damit öffentliche Proteste bis hin zu Rassismusvorwürfen eingehandelt. Im Landtag gab es Ende November Kritiker und Verteidiger des Kanzlers.

Christopher Vogt (FDP) betonte, Merz sei „ganz sicher kein Rassist“. Der Regierungschef habe „einen großen Nerv“ bei vielen Bürgern getroffen, denn für zahlreiche Menschen habe sich das Stadtbild „in den letzten Jahren vielerorts zum Negativen verändert“.

Lukas Kilian (CDU) beklagte eine „reflexhaft“ vorgetragene „Empörungswelle“. Es reiche „ein unpräziser Satz, und schon steht die Demo vor der Tür“. Die CDU vertrete „konservative Positionen“ und stehe dabei „in Treue zu unserer Verfassung“.

Lasse Petersdotter (Grüne) forderte mehr „kommunikative Impulskontrolle“ vom Kanzler. Er mahnte eine öffentliche Klarstellung an: „Es fällt keinem Politiker ein Zacken aus der Krone, wenn man hinterher sagt: Das war nicht der richtige Ton.“

Serpil Midyatli (SPD) attestierte Merz, „in einem Fettnapf nach dem anderen“ zu treten. Die Aussagen seien für viele Menschen „verletzend und diskriminierend“ gewesen: „Es muss ein Ende haben, dass Probleme immer auf Migrantinnen und Migranten abgewälzt werden.“

Sybilla Nitsch (SSW) nahm Merz’ Aussage aufs Korn, es sei ihm um die Sicherheit der „Töchter“ gegangen: „Es ärgert mich maßlos, wenn Frauenrechte und die Sicherheit von Frauen dann bemüht werden, wenn gegen Geflüchtete, gegen Migrantinnen und Migranten Stimmung gemacht werden soll.“

Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) hielt Merz’ „unsäglichen“ Thesen das Bekenntnis entgegen: „Unser Stadtbild, nein: unser Landesbild ist vielfältig, und das ist wunderschön.“

Vertrauliche Northvolt-Akten: „Berlin muss liefern“

Kiel kontra Berlin: Der Landtag hat die Bundesregierung Mitte Dezember aufgerufen, ihre „unrechtmäßige restriktive Informationspolitik“ beim Thema Northvolt zu beenden „und das Land wieder vollumfänglich zu informieren“. Das forderten alle Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag. Die Bundesregierung habe zu akzeptieren, so Bernd Buchholz (FDP), dass ihre Pflichten gegenüber den Verfassungsorganen Landtag und Landesregierung „auf Augenhöhe zu erfüllen sind“.

Das Land Schleswig-Holstein und der Bund hatten den schwedischen Batteriehersteller jeweils mit einer Bürgschaft über 300 Millionen Euro unterstützt, um den Bau einer Fabrik bei Heide zu ermöglichen. Inzwischen ist Northvolt insolvent, und sowohl Schleswig-Holstein als auch die Bundesregierung mussten dafür finanziell geradestehen. Unterdessen kamen vertrauliche Dokumente über die Medien an die Öffentlichkeit, und das Bundeswirtschaftsministerium vermutet die undichte Stelle im Norden. Konsequenz: Berlin hat seinen Informationsfluss an Landtag und Landesregierung gedrosselt.

Dies widerspreche der Verwaltungsvereinbarung zur gemeinsamen Northvolt-Hilfe, moniert das Landesparlament. Man sei auf vollständige Einsicht angewiesen, um die geplante Übernahme des Projekts durch den US-Konzern Lyten beurteilen zu können. Kianusch Stender (SPD) erinnerte daran, dass die Abgeordneten Entscheidungen über Millionen Euro treffen müssten, ohne derzeit alle Details zu kennen. Die „immer wieder auftretenden Indiskretionen“ kritisierte der Landtag ausdrücklich. „Wir haben ein Problem, wenn Informationen, die nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind, in der Öffentlichkeit landen“, betonte Lasse Petersdotter (Grüne). Die Weitergabe vertraulicher Akten sei eine Straftat, unterstrich Lukas Kilian (CDU). Trotz des Daten-Lecks: Die Landesregierung soll in der Hauptstadt Druck machen, „zunächst auf politischem Wege“. Auch juristische Schritte wurden nicht ausgeschlossen. „Nun muss Berlin liefern“, sagte Sybilla Nitsch (SSW). Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen (CDU) nannte den Wunsch des Parlaments „verständlich“. Sein Ministerium sei bereits aktiv geworden: „Es bewegt sich etwas im Bund.“ Im Notfall sei das Land bereit zu klagen.

Mehr: Landtagszeitschrift 03/2025

Haushalt 26: Neue Schulden für Sicherheit und Infrastruktur

Nach einer ganztägigen Debatte hat der Landtag Mitte Dezember den Landeshaushalt 2026 beschlossen. CDU, Grüne und SSW stimmten für das Zahlenwerk, SPD und FDP votierten dagegen. Die meisten der zahlreichen Änderungsanträge der Opposition lehnte Schwarz-Grün ab. Vertreter der Koalition verwiesen auf die angespannte Finanzlage des Landes und die wachsende Bedrohung für die innere Sicherheit. Die Opposition kritisierte die beträchtliche Neuverschuldung und die Schwerpunktsetzung – insbesondere die Bildung werde vernachlässigt.

Haushaltsdebatte: Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) am Pult, Skepsis bei der SPD (re.)

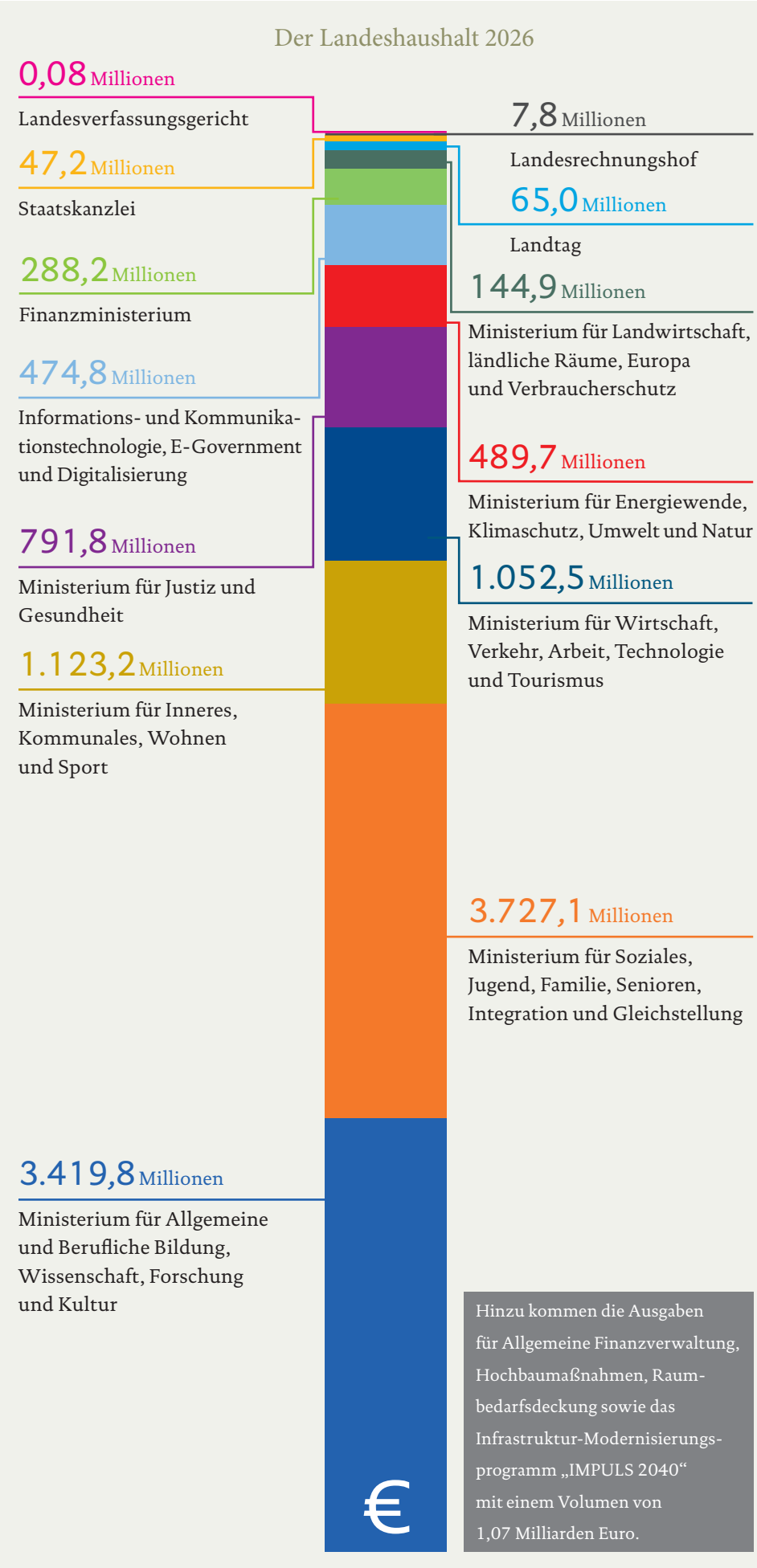
Die Kerndaten: Der Haushalt 2026 enthält nach den Plänen der Landesregierung und den Ergänzungen im Finanzausschuss bereinigte Ausgaben von 18,4 Milliarden Euro. Die Einnahmen liegen bei 17,7 Milliarden Euro, das Finanzierungssaldo beträgt rund 730 Millionen. Es sind neue Kredite in Höhe von 565 Millionen Euro geplant. Eine Schuldenaufnahme in dieser Höhe ist möglich, weil der Bund Anfang des Jahres die Schuldenbremse im Grundgesetz gelockert hat. Den „Handlungsbedarf", also notwendige Einsparungen im Laufe des Haushaltsjahrs, beziffert das Finanzministerium auf bis zu 194 Millionen Euro. Schleswig-Holstein ist insgesamt mit rund 32 Milliarden Euro verschuldet, die Zinsen belaufen sich im kommenden Jahr auf etwa 550 Millionen. Die Investitionsquote liegt bei 10,8 Prozent.

Für CDU-Fraktionschef Tobias Koch steht die Sicherheit im Zentrum: „Wir schützen unserer Bürgerinnen und Bürger nach besten Kräften vor äußeren und inneren Feinden." Die Koalition schaffe neue Stellen bei Polizei und Verfassungsschutz und liefere die nötige Ausrüstung: Polizeiboote, Drohnen, Taser. Auch der Bevölkerungsschutz und die Justiz würden gestärkt, so Koch, beispielsweise mit neuen Stellen bei der Staatsanwaltschaft und im Justizvollzug. Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) nannte die Infrastruktur als weiteren Schwerpunkt: „Wir investieren in Straßen, Schienen, Häfen, Küstenschutz und Krankenhäuser." Gleichzeitig werde auch der Bund in den kommenden Jahren Milliarden in seine Bundeswehr-Standorte und die Verkehrsinfrastruktur, etwa die A 20, investieren. Lasse Petersdotter (Grüne) sprach von einem „Verantwortungshaushalt". Er blickte auf „weiterhin große Risiken" für den Etat, etwa Gerichtsurteile zu Bezügen und Weihnachtsgeld für Beamte. Der Grünen-Fraktionschef erneuerte sein Plädoyer für eine Vermögenssteuer: Es sei „absurd, sie nicht zu erheben". Das daraus fließende Geld wolle er „in voller Höhe in die Bildung stecken".

Opposition: Mehr für Bildung, Bauen und Blinde

Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) blickte auf wegfallende Lehrerstellen und sprach von „Bildungsabbau" und „kalter Politik". Sie versprach: „Wenn wir hier heute eine Mehrheit hätten, wären im nächsten Schuljahr an unseren Schulen über 400 Lehrkräfte mehr." Zudem forderte sie mehr Geld für den Wohnungsbau, etwa ein Förderprogramm für Werkswohnungen und eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft: „2026 muss das Bau-Turbo-Jahr werden."

Schwarz-Grün nutze die neuen Kreditspielräume, monierte Christopher Vogt (FDP), „ohne echte Zukunftsimpulse zu setzen". Durch Umschichtungen lasse sich die Kreditaufnahme deutlich senken, die FDP wollte lediglich 42 Millionen Euro neue Schulden machen. Zugleich sei es möglich, so Vogt, mehr Geld in Schulen, Kitas, Krankenhäuser und Justiz zu lenken. Christian Dirschauer (SSW) hob Erfolge seiner Fraktion hervor – eine Reihe von SSW-Anträgen zur Minderheitenpolitik fand eine Mehrheit im Parlament. Zugleich warf er der Koalition soziale Versäumnisse vor: „Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Landesblindengeld nicht stärker steigt." Auch ein Gehörlosengeld fehle weiterhin, und ein kostenloses Kita-Mittagessen wäre „eine der wirksamsten Investitionen gegen soziale Ungleichheit".



Nachtrag 2: Neue für alte Kredite

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt im Jahr 2025 haben CDU, Grüne und SSW Ende November die Notkredite aus dem vergangenen Jahr abgelöst. Diese hatte das Landesverfassungsgericht für nichtig erklärt. Anstelle der Notkredite wurden neue Schulden in Höhe von 521,5 Millionen Euro aufgenommen. Mit diesem Geld sowie weiteren Sparmaßnahmen soll die Deckungslücke im Haushalt 2025 bis Jahresende auf null gedrückt werden. Zudem bekommt die Polizei fünf Millionen Euro für die Drohnenabwehr, die Kommunen erhalten 129 Millionen Euro mehr für die Eingliederungshilfe und 13 Millionen mehr für die Sozialhilfe. SPD und FDP stimmten gegen den Nachtrag.

Mehr zum ersten Nachtrag: Landtagszeitschrift 03/2025, mehr zum Verfassungsgerichtsurteil: Zeitschrift 02/2025

Nachtrag 3: Beamtenbesoldung

Mit dem dritten Nachtragshaushalt des laufenden Jahres hat die Landesregierung im Dezember auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung reagiert. Karlsruhe hatte entschieden, dass das Land Berlin seine Beamten teils jahrelang zu schlecht bezahlt hat. Auch für Schleswig-Holstein könnte das Urteil Folgen haben. Der Nachtrag soll nun dazu dienen, den voraussichtlichen Mehrbedarf für 2025 und 2026 aufzubringen. Mittel aus einem möglichen Haushaltsüberschuss im laufenden Jahr sollen einer Rücklage bis zu einer Höhe von 250 Millionen Euro zugeführt werden. CDU, Grüne und SSW stimmten zu, SPD und FDP waren dagegen: Die Lage sei absehbar gewesen, das Land reagiere zu spät.

Rauch-Verbot für E-Zigaretten

An vielen Orten in Schleswig-Holstein ist das Rauchen verboten. Zum Beispiel in der Schule, im Kranken-Haus, im Rat-Haus oder im Restaurant. Das gilt für Zigaretten mit **Tabak**.

Aber es gibt neue Zigaretten mit Wasser-Dampf. Dieser Dampf wird elektrisch erhitzt. Diese Zigaretten heißen E-Zigaretten. Und es gibt die Droge **Cannabis**. Auch sie wird oft in einer Zigarette geraucht.

Auch solche Zigaretten sind gefährlich, finden die Abgeordneten im Land-Tag. Sie wollen deshalb diese neuen Zigaretten an vielen Orten verbieten.

Dagmar Hildebrand ist von der CDU. Sie sagt: E-Zigaretten schaden der Gesundheit. Viele Menschen fangen mit E-Zigaretten an und wechseln später zu Tabak. Das ist gefährlich für sie.

Jasper Balke ist von den Grünen. Er sagt: E-Zigaretten können das Herz und die Lunge beschädigen. Und sie können **Krebs** verursachen. Nicht nur beim Raucher. Sondern auch bei Menschen die daneben sitzen.

Birte Pauls ist von der SPD. Sie sagt: Einige E-Zigaretten haben einen süßen Geschmack. Sie schmecken nach Gummi-Bärchen oder Zucker-Watte. Deswegen fangen Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen an.

Heiner Garg ist von der FDP. Er sagt: Wir versprechen den Menschen dass Schulen und Kranken-Häuser rauchfrei sind. Dieses Versprechen müssen wir einhalten.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt: Das Verbot soll nicht für jede Wohnung gelten. Und auch nicht im Freien. Sondern in Gebäuden wo viele Menschen sind.

Kerstin von der Decken ist die Gesundheits-Ministerin von Schleswig-Holstein. Sie sagt: In 15 Jahren soll es kaum noch Menschen geben die rauchen wollen. Das muss unser Ziel sein.

Eine Frau raucht eine E-Zigarette.

Erklärungen:

Tabak: Die Blätter der Tabak-Pflanze stecken in Zigaretten. Wer Tabak raucht riskiert viele gefährliche Krankheiten.

Cannabis: Aus der Pflanze Hanf kann man Drogen machen die ähnlich wirken wie Alkohol. Diese Stoffe heißen Cannabis. Cannabis rauchen ist in Deutschland an einigen Orten erlaubt. Aber Cannabis gilt auch als gefährlich. Denn es kann der Weg zu stärkeren Drogen wie Heroin sein.

Krebs: Wer Tabak raucht kann die Krankheit Krebs bekommen. Dabei vermehren sich Zellen im Körper und greifen die Körper-Organe an. Krebs ist sehr gefährlich.

+++MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT+++

Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen. Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Menschen diese Themen im Überblick.

Sachsenwald: Das bislang gemeindefreie Gebiet Sachsenwald im Kreis Herzogtum Lauenburg wird zum 1. Januar 2026 auf die umliegenden Gemeinden aufgeteilt. Das sieht ein Gesetzentwurf von CDU, Grünen und SPD vor, den der Landtag Mitte Dezember beschlossen hat. FDP und SSW enthielten sich. Das Gebiet fällt demnach größtenteils an die Gemeinde Aumühle, einzelne Flurabschnitte gehen an die Gemeinden Kasseburg, Möhnsen, Schwarzenbek, Brunstorf, Dassendorf, Kröppelshagen-Fahrendorf und Börnsen.

Der im Besitz der Familie Bismarck stehende Sachsenwald hatte mehrfach Schlagzeilen gemacht. So gab es irrtümliche Zahlungen in Höhe von 130.000 Euro an die Besitzer aus dem Kommunalen Finanzausgleich (FAG). Zudem war dort Medienberichten zufolge eine „Steueroase“ angesiedelt, in der Firmen nur eine geringe Gewerbesteuer zahlen mussten. Als gemeindefreies Gebiet waren diese Steuern bislang den Besitzern zugefallen. Die „trickreiche Steuergestaltung“ der Bismarck-Nachfahren werde nun beendet, so Rasmus Vöge (CDU). Ein „Relikt des Kaiserreichs“ werde „in unsere Zeit überführt“.

Bürgermeister und Amtsdirektoren aus der Region hatten die Eingemeindung kritisiert. Sie bemängelten die kurze Frist des Verfahrens und befürchten hohe Kosten, etwa für den Unterhalt der Wege und den Brandschutz. Jan Kürschner (Grüne) gestand ein, dass die Neuregelung für die betroffenen Gemeinden „nicht ganz ohne Lasten“ ablaufe. Das Land überweise aber 120.000 Euro zur Unterstützung – das sei eine „gute, rechtssichere und dauerhafte Lösung“.

Die Opposition stellte der Landesregierung ein schlechtes Zeugnis für ihren Umgang mit dem Fall Sachsenwald aus. Beate Raudies (SPD) forderte das Land auf, die zu viel bezahlten FAG-Mittel von den Bismarcks zurückzufordern. Das Steuerparadies mit 20 Briefkastenfirmen in einer Waldhütte hätte dem Land viel früher auffallen müssen, monierte Christopher Vogt (FDP). Sybilla Nitsch (SSW) bemängelte die kurze Anhörungsfrist für die Beteiligten: „So etwas sollten wir der kommunalen, ehrenamtlichen Ebene nicht zumuten.“ Die Finanzspritze aus dem FAG in den Sachsenwald sei „ganz klar ein Fehler“ gewesen, so Innenministerin Magdalena Finke (CDU), „der nicht hätte passieren sollen“.

„Kommunalpaket II“: Mit einer umfassenden Änderung der Gemeindeordnung, der Amtsordnung, der Kreisordnung sowie weiterer Gesetze will die Landesregierung Erleichterungen für die kommunale Ebene schaffen. Der Landtag hat das Regelwerk Mitte Dezember an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.

Ein Kernpunkt: Gemeinden sollen bereits ab 2.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister bestellen können. Bisher liegt die Untergrenze bei 4.000 Einwohnern. Die Gemeindevertretung soll dies künftig in die Wege leiten können, der hauptamtliche Verwaltungschef wird dann von den Bürgern gewählt. Dies sei nötig, da der Posten insbesondere in Tourismusorten einen hohen Aufwand beinhalte, so das Innenministerium. Man entspreche damit „einem Wunsch aus der kommunalen Familie“.

Ebenso wie Kur-und Erholungsorte sollen auch anerkannte Tourismusorte künftig eine Kurabgabe erheben können, die in diesem Zuge in „Gästeabgabe“ umbenannt wird. Die Bade- und Urlaubsorte erhalten darüber hinaus die Möglichkeit, eine „Tourismusabgabe“ zu verlangen, neben der bereits bestehenden Bettensteuer. Auch dies entspreche einem Bedürfnis der Kommunen, so das Ministerium.

Weitere Inhalte: Für hauptamtliche Bürgermeister soll das bereits im Beamtenrecht etablierte Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung festgeschrieben werden. Zahlreiche Vorschriften sollen vereinfacht werden – so müssen die Gemeinden bald wohl nicht mehr ihre Hauptsatzungen der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorlegen.

Katastrophenschutz: Einsatzkräfte im Katastrophenschutz dürfen künftig grundsätzlich bis zu ihrem 68. Geburtstag im aktiven Dienst bleiben. Aktuell ist ein Ausscheiden mit Vollendung des 65. Lebensjahrs vorgesehen. Damit wird die Altersregel für den Katastrophenschutz an die bestehenden Vorgaben der Feuerwehren angepasst. Der Landtag beschloss eine entsprechende Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes Ende November einstimmig. Allerdings: Wie bisher können Schutzorganisationen von der Regel abweichen. „Aufgrund des breiten Aufgabenspektrums im Katastrophenschutz und den damit einhergehenden unterschiedlichen körperlichen Anforderungen ist die bisherige Abweichungsmöglichkeit beizubehalten“, heißt es in einem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. CDU und Grüne hatten den Ursprungsentwurf der FDP um diesen Passus ergänzt.

Kröten, Krabben, Kermit und Bart Simpson

Ein Blick ins Plenarprotokoll: Die Zitate des Jahres 2025

„Es ist echt super, wenn Menschen Hilfe leisten und genau hinschauen, aber es darf nicht sein, dass jetzt jeder Vogel, der an einem Baum sitzt und nicht schnell genug abhauen kann, mitgeschleppt wird. Und nicht jeder Igel, der durch den Garten stromert, muss gebadet und gekuschelt werden."

(Sandra Redmann, SPD, am 20. Juni in der Debatte über Tierschutz)

„Ich habe nicht verstanden, warum eine laotische Höhlenkrabbe nach Daniel Günther benannt wird. Gerüchten zufolge soll es daran liegen, dass die Krabbe bei guten Nachrichten rauskommt und bei schlechten Nachrichten in die Höhle verschwindet. Entschuldigung, das musste raus."

(Christopher Vogt, FDP, am 15. Oktober über eine Auszeichnung für Ministerpräsident Daniel Günther, CDU. Die Kieler Christian-Albrechts-Universität hat eine neu in Laos entdeckte Höhlenkrabbenart „Erebusa danielguentheri" getauft.)

„Dann bin ich froh, dass wir hier geeint sind und dass diese Irritation aufgeklärt werden konnte. Da sind wir ja am Ende des Tages auch Servicefraktion und helfen da immer gerne weiter."

(Michel Deckmann, CDU, am 29. Januar in den Beratungen zum Haushalt des Innenministeriums als Antwort auf eine Nachfrage von Beate Raudies, SPD)

„Wir schaffen es nicht in wenigen Monaten, Straßenstriche oder ähnliches oder ganze Bereiche und Stadtteile wieder neu aufzubauen." [Das Protokoll vermerkt „Unruhe und vereinzelte Heiterkeit".] „Landstriche, wollte ich sagen! Mein Geschichtslehrer hat einmal gesagt: Ich soll in die Politik gehen, ich kann immerhin noch rot werden."

(Lasse Petersdotter, Grüne, am 21. Mai in der Debatte über den Landeshaushalt und Notkredite im Fall von Naturkatastrophen)

„E-Sport ist mehr als nur Zocken. Es ist Ausbildung, digitale Kompetenzvermittlung, Wirtschaftsfaktor und ein Instrument gegen Vereinsamung und digitale Abhängigkeit. Ich hoffe sehr, mein Sohn hört das heute nicht."

(Annabell Krämer, FDP, am 19. Juni in der Debatte über E-Sport in Schleswig-Holstein)

„Gestern morgen hatte ich schon das Vergnügen, den Wert des Wassers zu diskutieren, zu Hause im Badezimmer mit unserem Vierjährigen."

(Rixa Kleinschmit, CDU, am 20. November in der Debatte über die „Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie")

„Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Lego-Movie gesehen hat. Da gibt es einen sehr beeindruckenden Lego-Song, und der Text ist sehr eingängig: ‚Hier ist alles super! / Hier ist alles cool, denn du bist nicht allein! / Hier ist alles super! / Hier kann dein Traum wahr sein!' Ein bisschen erinnern mich Anträge der regierungstragenden Fraktionen an dieses Lied."

(Martin Habersaat, SPD, am 25. September in der Debatte über Lehrkräftegewinnung)

„Meine Damen und Herren, wir sind in der Minderheitenpolitik schon weit gekommen, und ich glaube, der Applaus macht das gerade noch mal deutlich. 90 Prozent haben nicht verstanden, was ich gesagt habe, aber es wird trotzdem applaudiert. Herzlichen Dank dafür."

(Christian Dirschauer, SSW, am 27. März, nachdem er den ersten Teil seiner Rede auf Dänisch gehalten hatte)

„Meine Damen und Herren, Herr Koch, das Parlament ist dafür da, die öffentliche Aufklärung dieses Sachverhalts zu betreiben. Wenn Sie die nicht hier im Parlament auf diese Art und Weise herstellen, werden wir die auf andere Art und Weise herstellen müssen. Bewahren Sie mich davor!"

(Serpil Midyatli, SPD, droht CDU-Fraktionschef Tobias Koch am 27. März indirekt mit einem Untersuchungsausschuss zum Thema Northvolt.)

„Ich freue mich auf den nächsten Landtagswahlkampf und mache Ihnen ein Angebot: Ich gehe mit Ihnen wie in 2017 zusammen durchs Land – also, Sie haben es in 2017 gemacht, aber ich werde es mit Ihnen zusammen machen -, wir knien uns an die Schlaglöcher und pflanzen Stiefmütterchen. Ich besorge auch die Blumenerde."

(Sybilla Nitsch, SSW, am 26. September in der Debatte über die Sanierung der Landesstraßen)

„Im – ich verspreche, ich sage dieses Wort jetzt nur ein Mal – Arzneimittellieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungesetz – ja, das ist schon eine echte Kunst – sind erhöhte verbindliche Bevorratungspflichten von Arzneimitteln geregelt.“

(Birte Pauls, SPD, am 22. Mai in der Debatte über die flächendeckende Versorgung mit Medikamenten)

„Stellen Sie sich einmal vor: Sie schauen sonntagmorgens in den Kühlschrank und nehmen die Milch heraus, nur um festzustellen, dass sie von den kleinen Wichteln leergetrunken wurde. Bisher hieß es dann: Es gibt leider doch keine Pfannkuchen. Denn nicht jeder hat eine eigene Kuh oder eine Tankstelle um die Ecke, und nicht jeder wohnt an der Grenze und kann schnell zum Einkaufen nach Dänemark fahren. Mit unserem Gesetzentwurf wird das anders.“

(Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen, CDU, am 20. November zur angestrebten Sonntagsöffnung von Automatensupermärkten)

„Das ist nicht ‚oh Mann, oh Mann‘, und das ist auch nicht ‚oh Frau, oh Frau‘!“

(Jette Waldinger-Thiering, SSW, am 28. März als Reaktion auf einen Zwischenruf)

„Meine Damen und Herren, das sind mindestens 1,5 Barts auf der offenen Simpsons-Ausredenskala für nicht gemachte Hausaufgaben.“

(Kai Dolgner, SPD, am 16. Oktober über eine seiner Meinung nach unpräzise Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage. Der US-amerikanische Cartoon-Charakter Bart Simpson ist unter anderem für seinen laxen Umgang mit Schulpflichten bekannt.)

„Die Deutsche Bahn AG hat vor wenigen Wochen auf dem Hochgeschwindigkeitskorridor zwischen Berlin und München einen ICE erstmals über 400 Kilometer pro Stunde gebracht. Das Interessante dabei ist, dass der Zug trotzdem verspätet angekommen ist.“

(Bernd Buchholz, FDP, am 24. Juli in der Debatte über ein Tempolimit auf Autobahnen)

„Kermit klingt nett. Aber ich sage, wie es ist: Mein Herz hängt an Elmo, und wer oder was Elmo genau ist, verrate ich später.“

(Martin Balasus, CDU, am 25. September über das Programm KERMIT – „Kompetenz ermitteln“ – an Hamburger Grundschulen und über die Puppe aus der „Sesamstraße“. Elmo steht laut Balasus für „Erstmal Lesen und Mathe ordentlich lernen“.)

„Ich kann nur sagen: Bei meinen Eltern gehörte das Argument, alle anderen machen es ja auch, nicht zu den erfolgreichsten.“

(Birgit Herdejürgen, SPD, am 18. Juni in der Debatte über den Verwaltungskostenbeitrag von 60 Euro pro Semester, den Studenten an schleswig-holsteinischen Hochschulen neuerdings zahlen müssen)

„Was bedeuten eigentlich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen für Menschen, die – wie ich – aus dem Hamburger Rand kommen? Ich glaube, dass viele aus der jüngeren Generation wahrscheinlich denken, das ist irgendwie so eine Städtepartnerschaft, weil viele gar nicht mehr wissen, dass Bonn mal unsere nationale Hauptstadt war.“

(Eka von Kalben, Grüne, am 27. März in der Debatte über deutsch-dänische Grenzpolitik)

In eine Bürgerversicherung zahlen alle ein – sehr populär. Auch die vielen, vielen, die hunderttausend Politikerinnen und Politiker, die wir hauptberuflich haben. Ironie Ende.

(Heiner Garg, FDP, am 27. Februar in der Debatte über die Kosten der Pflegeversicherung)

„In den vielen Jahren Koalition mit den Grünen habe ich gelernt, dass man Kröten nicht schlucken, sondern über die Straße tragen soll.“

(Lukas Kilian, CDU, am 15. Oktober in der Debatte über Wohnungsbau)

„Menschen, die 2000 geboren worden sind, zahlen in ihrem gesamten Leben circa fünf Prozent ihres Lebenseinkommens für die Pflegeversicherung, 1980 Geborene nur 3,4 Prozent und diejenigen, die 1940, 1950 geboren worden sind, nur 0,4 bis 0,9 Prozent. Ich möchte ganz deutlich sagen, es wurde in dieser Debatte auch schon angesprochen: Die Jüngeren in unserer Gesellschaft glauben nicht daran, dass dieses System sie selbst tragen wird.“

(Sozialministerin Aminata Touré, Grüne, am 15. Oktober in der Debatte über die Zukunft der Pflegeversicherung)

„Flächenfraß“ für Energiewende und Wohnraum: „Ehrliche Debatte“ gefordert

Laut Statistik werden in Schleswig-Holstein täglich etwa 3,6 Hektar Fläche „versiegelt“. Das bedeutet: Grünland im Umfang von rund vier Fußballfeldern verschwindet jeden Tag, um Platz zu schaffen für Straßen, Wohnhäuser, Gewerbegebiete, Erholungsräume oder Solaranlagen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat Anfang Oktober mit Experten diskutiert, wie dieser „Flächenfraß“ heruntergeschraubt werden kann – und wo Konflikte entstehen mit Wohnungsbau, Wirtschaftswachstum und Energiewende. Das Innenministerium hat das Ziel ausgegeben, bis 2030 nur noch 1,3 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Tag neu in Anspruch zu nehmen. Im Ausschuss waren sich viele Teilnehmer einig: Dieses Ziel wird schwer zu erreichen sein, und die Statistik ist teilweise irreführend.

Marcus Hrach vom Landesverband Erneuerbare Energien blickte auf den Plan der Landesregierung, Schleswig-Holstein zum „ersten klimaneutralen Industrieland“ zu machen. Dafür würden bis 2030 rund 3.100 Hektar für Freiflächen-Photovoltaikanlagen (PV) benötigt. Gemäß der 1,3-Hektar-Vorgabe stünden aber nur 1.890 Hektar für PV zur Verfügung, so Hrach. Werner Kässens vom Verband der Wirtschaftsförderung machte eine ähnliche Rechnung auf: Für Gewerbeansiedlungen stünden bis 2030 etwa 1.700 Hektar neu bereit – der Bedarf liege aber bei 3.300 Hektar, weil der Norden wegen der regenerativen Energien „einen hohen Ansiedlungswert hat“.

Viele Großprojekte sind geplant

Vertreter von CDU und FDP sprachen sich dafür aus, nicht alle Nutzflächen über einen Kamm zu scheren. „Bei einem Hochhaus oder einem Umspannwerk ist die Fläche tatsächlich versiegelt“, so der CDU-Abgeordnete Heiner Rickers. Bei einer PV-Anlage mit Gras unter den Sonnenkollektoren werde die Flächennutzung hingegen „vor Ort wieder ausgeglichen“. Bernd Buchholz (FDP) rief die Landesregierung auf, ihre Vorgaben auf „echte, produktive Industrie- und Verkehrsflächen“ zu beschränken. Thomas Jepsen (CDU) hielt das Ziel von 1,3 Hektar für eine „willkürlich gegriffene Zahl“, die „angesichts vieler Zielkonflikte mit Wohnraum und erneuerbaren Energien“ nicht realistisch sei. Eine „ehrliche Debatte“ forderte Daniel Kiewitz vom Gemeindetag: Die Politik in Bund und Land setze „in Wirklichkeit auf mehr statt weniger Flächenverbrauch“. Er nannte den Ausbau der Autobahnen A20 und A21, der Bundesstraße B5, der S-Bahnen rund um Hamburg, weiterer Bahnstrecken und der Fehmarnbelt-Querung.

Das Land hat 2021 ein „nachhaltiges Flächenmanagement“ gestartet. Es sieht vor, Innenstädte baulich zu verdichten, brachliegende Flächen heranzuziehen und leerstehende Gebäude zu modernisieren. Dies sei „richtig und gut“, betonte Alexander Blažek,

Auch Freiflächen-Photovoltaik trägt dazu bei, dass täglich 3,6 Hektar Landesfläche „versiegelt“ werden. Von den rund 1,58 Millionen Hektar Boden im Lande werden inzwischen etwa 217.000 Hektar, also 14 Prozent, für Siedlung, Verkehr oder Gewerbe genutzt.

Vorsitzender des Verbands „Haus & Grund“. Wohnraum müsse dort geschaffen werden, wo die Nachfrage hoch sei, nämlich in Ballungsräumen. Allein in Kiel könnten 7.000 neue Wohnungen durch Dachgeschossausbau entstehen. Probleme sah er durch den „Wohnungsbauturbo“ des Bundes. Die Folge könnten Neubaugebiete auf der grünen Wiese sein, die wiederum Straßen, ÖPNV, Kitas und Schulen benötigten. Sybilla Nitsch (SSW) rief dazu auf, bei der Wohnraumplanung zwischen engen Städten und ländlichen Räumen zu unterscheiden.

„Geschützte Biotope verschwinden“

Das „nachhaltige Flächenmanagement“ soll laut Regierungsbericht wegen der klammen Landeskasse „nur mit begrenzten Mitteln fortgeführt werden“. Das prangerte Joachim Schulz vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) an. Es gebe einen „ungebremsten Flächenfraß“, und im Lande seien bereits 50 Prozent der gesetzlich geschützten Biotope verschwunden. Ulrike Täck (Grüne) erkannte aber auch eine „erfreuliche Nachricht“. 67 Prozent der PV-Anlagen seien auf Dächern montiert – und nicht in der Landschaft.

Lennart Schmidt vom Bauernverband blickte auf die steigenden Preise für Acker- und Weideflächen. Die Landwirte bekämen Konkurrenz seitens der Industrie und der Energiebranche, aber auch seitens des Naturschutzes. Er forderte, „keine attraktiven landwirtschaftlichen Flächen aus der Produktion zu nehmen“, denn die Ernährungssicherheit habe „heutzutage ein anderes Gewicht bekommen“. Rixa Kleinschmit (CDU) schlug eine „Doppelnutzung“ vor, etwa Biotope mit PV-Anlagen oder die energetische Nutzung von „Straßenbegleitgrün“.

„Hundeführerschein“ – ja oder nein?

Hunde, die bellen, beißen manchmal auch – vor allem, wenn Herrchen und Frauchen überfordert sind. Das Innenministerium registriert steigende Zahlen bei Beißattacken. 2023 wurden demnach 320 Menschen im Lande von einem Hund angegriffen. In 317 Fällen war ein anderes Tier das Opfer. Würde ein verpflichtender Sachkundenachweis helfen? Bei einem Fachgespräch im Umwelt- und Agrarausschuss war die Meinung Anfang November geteilt.

PRO

Zahlreiche Menschen schafften sich Tiere an, könnten diese aber nicht ordnungsgemäß halten, hat Christine Bothmann aus dem Landwirtschaftsministerium beobachtet. Anschließend landeten die Vierbeiner im Tierheim, seien dort oft nicht mehr vermittelbar und kosteten den Staat viel Geld: „Mit einem Führerschein kann man dem Einhalt gebieten.“ Hundetrainerin Manuela Marquardsen von der Hundeschule „Förde-Dogs“ sieht seit der Corona-Pandemie ein verändertes Kaufverhalten. Hunde würden oft unter falschen Angaben aus einer Hobbyzucht oder über das Ausland gekauft: „Für mich muss da jetzt dringend eine Hürde kommen. Wir sind ethisch verpflichtet, uns mit dem Wesen des Hundes zu beschäftigen, und zwar nicht erst dann, wenn das Tier da ist.“

KONTRA

Konkreter Auslöser der Debatte waren zwei Beißattacken eines Schäferhundes im August 2025 in Neumünster, bei denen ein Chihuahua und ein Rauhaardackel ihr Leben ließen. „Wir sind aber nicht der Überzeugung, dass ein Hundeführerschein die richtige Lösung ist“, sagte Neumünsters Oberbürgermeister Tobias Bergmann. An der Beißattacke in seiner Stadt hätte der Führerschein nichts geändert, der Halter habe einen Sachkundenachweis gehabt. Bergmann rechnete bei 5.500 Hunden in der Stadt mit einem bürokratischen Aufwand von einer ganzen Verwaltungsstelle. Dem schloss sich Sascha Plietsch vom Gemeindetag an: „Verfügen die Kommunen über genügend Personal? Wollen wir etwas einführen, was wir am Ende gar nicht kontrollieren können?“

ALTERNATIVEN

Dr. Dieter Schulze von der Tierärztekammer schlug vor, dass Hundebesitzer ohne Führerschein künftig eine erhöhte Hundesteuer zahlen sollten. Die Idee fand Dirk Kock-Rohwer (Grüne) „charmant“, denn „das wäre eine freiwillige Basis, und man bekommt eine Steuererleichterung, wenn man sich mit Führerschein anmeldet“. Es würde ein Anreiz gesetzt und gleichzeitig viel Aufwand und Personal gespart. Ellen Kloth, Vorsitzende des Tierschutzbundes, sah den Vorschlag skeptisch: „Ich kann da nicht wirklich auf die Vernunft der Menschen hoffen.“ Sandra Redmann (SPD) rief dazu auf, bürokratische Hürden zu überwinden: „Wir können nicht wie im Moment alle Probleme bei den Tierheimen abladen.“

Queerfeindliche Taten häufen sich: Polizei geht auf Community zu

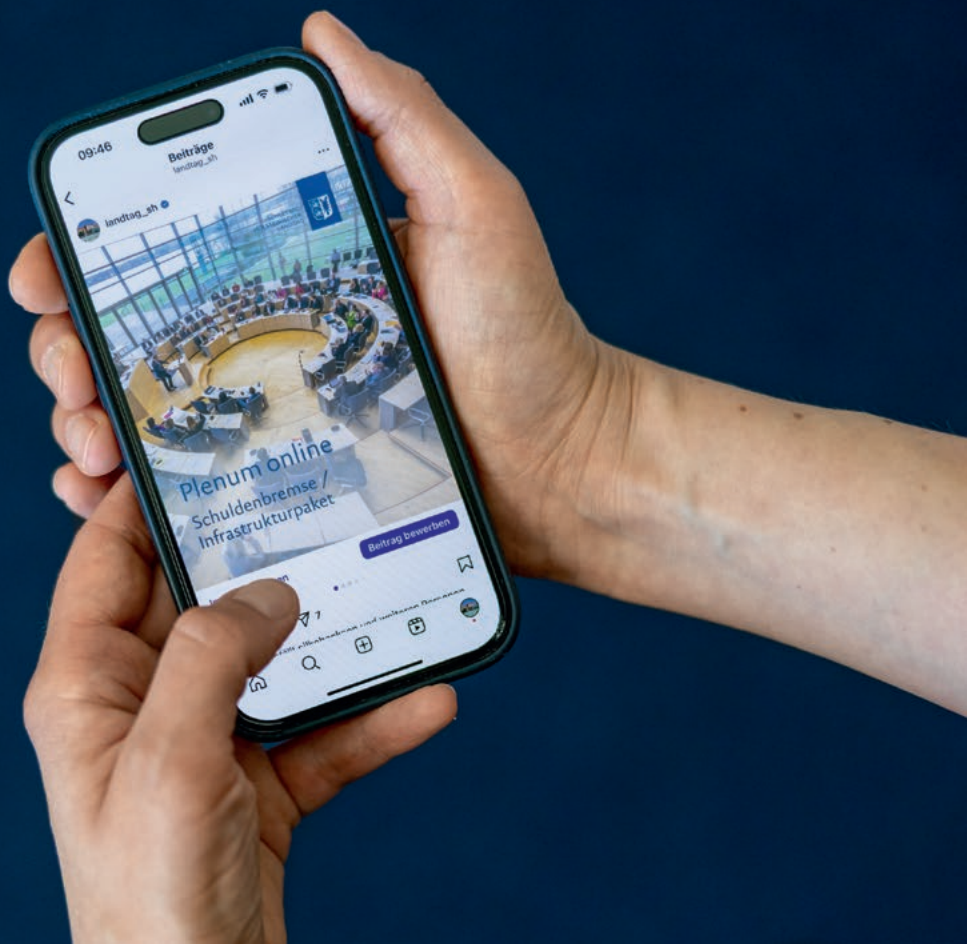
Verbale Übergriffe, körperliche Attacken – das gesellschaftliche Klima für Schwule, Lesben, Inter- und Transsexuelle ist rauer geworden. Der Innen- und Rechts- sowie der Sozialausschuss haben sich Ende November mit der Sicherheit queerer Menschen befasst. Die Abgeordneten blickten insbesondere darauf, wie die Polizei den Betroffenen hilft.

Im Jahr 2024 habe der Verfassungsschutz 105 Straftaten in diesem Bereich registriert, berichtete Innenministerin Magdalena Finke (CDU). Im Jahr zuvor seien es noch 68 gewesen. Sie gehe von einem großen „Dunkelfeld“ aus, so die Ministerin. Überwiegend habe es sich um Fälle von Volksverhetzung und Beleidigung gehandelt, doch es habe auch drei schwere Körperverletzungen gegeben. Die Landespolizei hat 2018 eine „Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ*“ eingerichtet. Die dort eingesetzten Polizisten seien „mit der Community in ständigem Austausch“, betonte die Ministerin: „Potentielle Opfer müssen das Vertrauen entwickeln, sich an die Polizei zu wenden.“ Anna Langsch (Grüne) lobte die Polizei für ihre Einsätze zur Sicherung der Christopher-Street-Day-Paraden: Die Beamten seien dort „mit großer Sensibilität und Ernsthaftigkeit“ aufgetreten. Auch aus der Opposition kam Lob für den Umgang der Polizei mit der queeren Community. Schleswig-Holstein habe bei diesem Thema eine „Leuchtturmfunktion für andere Bundesländer“, hob Niklas Dürbrook (SPD) hervor. Durch ihren Einsatz gerate die Polizei selbst in die Kritik, wie Marion Schiefer (CDU) anmerkte: „Wenn Polizisten die Regenbogenfahne hissen, ziehen sie Anfeindungen auf sich.“

Folge uns!

Für Infos rund um den Landtag und spannende Einblicke hinter die Kulissen

@landtag_sh



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

www.sh-landtag.de

Ja, ich möchte die Landtagszeitschrift kostenlos abonnieren!

Bitte schicken Sie mir _____ Exemplar(e).

Name

ggf. Name der Institution

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum

Unterschrift

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, dann schicken Sie bitte den Bestellcoupon an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Oder senden Sie eine Mail an:
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Bibliothek des Landtages lädt ein

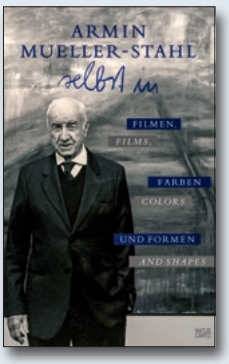
Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können.
Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111.
Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

Rudolph, Karsten: Sendestörung – Aufstieg und Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – München: Beck, 2025 239 Seiten. Standort: SFK3/RUDO

Karsten Rudolph, Geschichtsprofessor in Bochum und ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter in NRW, beschreibt die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, seit ihn die Westalliierten nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet haben. Er geht der Frage nach, inwiefern eine Grundversorgung mit Bildung, Information, Beratung und Unterhaltung durch einen unabhängigen, gemeinnützigen Rundfunk noch zeitgemäß ist. Die Stärken der „Sendeanstalten“ kommen ebenso zur Sprache wie der Reformbedarf bei Finanzierung, Programmgestaltung, Organisation und Kontrolle.

Verordnete Demokratie? Die Nachkriegswahlen 1946/47. Herausgegeben von Martin Löhnig und Fabian Michl – Göttingen: V&R unipress, 2023 – 238 Seiten. Standort: GKN2/VERO

1946/47 ordneten die Besatzungsmächte Kommunal- und Landtagswahlen an und ebneten damit den Weg zum demokratischen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Ende des NS-Regimes. Die Herausgeber untersuchen in diesem Band die Nachkriegswahlen aus allgemein- und verfassungsrechtlicher Sicht. Dabei nehmen sie den Einfluss der Besatzungsmächte auf Vorbereitung und Durchführung der Wahlen unter die Lupe – verbunden mit der Frage nach dem Gestaltungsanteil deutscher Parteien, Regierungen und Parlamente. Aus den dokumentierten Erfahrungen mit den in der Nachkriegszeit erprobten Wahlsystemen lassen sich Wahlrechtsdiskurse der Gegenwart führen.



Armin Mueller-Stahl: Selbst in Filmen, Farben und Formen – Berlin: Hatje Cantz, 2025 – 183 Seiten. Standort: RML212/ARMI (fol)

Armin Mueller-Stahl ist gebürtiger Ostpreuße und Wahl-Schleswig-Holsteiner, Hollywood-Star und Ehrenbürger des Landes zwischen den Meeren. In diesem Band veröffentlicht er erstmals Gemälde aus einer neuen Serie von Arbeiten auf Papier und Leinwand, in denen er sich selbst in einigen seiner ikonischen Bühnen- und Filmrollen in ausdrucksstarken Bildern reflektiert. Der Weltstar, der am 17. Dezember seinen 95. Geburtstag feiert, hat auch schon im Landeshaus ausgestellt. 2023 waren dort seine Porträts von berühmten Zeitgenossen und Wegbegleitern zu sehen.

Die Bücher können nicht beim Landtag erworben und nicht außer Haus ausgeliehen werden.

Die Demokratie im Norden als Comic

Unter dem Titel „Was geht im Landtag?“ stellt das Künstlerkollektiv „Pure Fruit“ die Geschichte der Demokratie in Schleswig-Holstein und die Aufgaben des Landesparlaments in Comicform vor. In sieben Kapiteln werden beispielsweise der Arbeitsalltag von Abgeordneten, der Weg der Gesetzgebung und das Petitionsrecht in Wort und Bild vorgestellt.

Das 70 Seiten umfassende DIN-A5-Heft kann unter bestellungen@landtag.ltsh.de und telefonisch unter 0431/988-1639 (von 7:00 bis 12:00 Uhr) kostenlos bezogen werden.

Impressum

Die Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Pressestelle, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Frank Platthoff (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120,
frank.platthoff@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125,
karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Niko Wasmund (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1358,
niko.wasmund@landtag.ltsh.de

Michael Neubauer (stellv. Redakteur)
Tel. 0431/988-1352,
michael.neubauer@landtag.ltsh.de

Fotos:
Sönke Ehlers, Regina Baltschun, Karsten Blaas, Niko Wasmund, Michael Neubauer, Frank Platthoff, Thomas Eisenkrätzer, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, VR Unipress, Hatje-Cantz-Verlag, C.H. Beck-Verlag, Shutterstock GrAl

Konzept:
Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

Gestaltung, Layout:
AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Herstellung, Druck:
AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:
(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein,
Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit, L1415,
Postfach 7121, 24171 Kiel,
Telefon 0431/988-1639.
Fax 0431/988-1119,
bestellungen@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
12. Dezember 2025

Der Landtag im Internet:
www.sh-landtag.de

Uta Wentzel, CDU

Geboren am 3. Juni 1979 in Flensburg,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin,
Diplom-Kulturwirtin,
wohnt in Flensburg,
evangelisch, zwei Kinder,
im Landtag seit 2022

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Für mich war in meiner Kindheit und Jugend die deutsche und europäische Einheit sehr prägend. Dass es nach Jahrhunderten der Kriege und Konflikte uns in Europa endlich gelang, in Vielfalt geeint eine friedliche Zukunft aufzubauen, hat mich begeistert und mein großes Interesse an Politik und Geschichte geweckt. Ich wollte eigentlich immer zum Auswärtigen Amt und die deutsche Außenpolitik mitgestalten, habe dann lange im Bundestag als wissenschaftliche Mitarbeiterin von tollen Abgeordneten gearbeitet und während der Corona-Pandemie gemerkt, dass die Stimme der jungen Familien fehlt. Das hat mich bewogen, mich noch stärker einzubringen und von der zweiten Reihe den Sprung in die erste zu wagen. Denn das Parlament lebt von der Vielfalt seiner Mitglieder."

Was ist Ihr Lieblingsbuch – und warum?

„Ich habe viele Lieblingsautoren: Max Frisch, Günter Grass, Erich Maria Remarque, Erich Kästner, Hans Fallada, Jurek Becker, Milan Kundera, Franziska zu Reventlow, Victor Klemperer, Gabriel García Marquez, Alexa Henning von Lange, Astrid Lindgren, Michael Ende und Maria Nurowska. Ihnen gemein ist, dass sie oft die Vielschichtigkeit ihrer Charaktere und der bewegenden Zeit, in der sie agieren, wunderbar in Worte fassen und zum Nachdenken anregen. Mich müssen Bücher berühren. Wenn ich nur eins auswählen sollte wäre es ‚Briefe der Liebe' von Maria Nurowska, die es immer schafft, die Zwänge der Zeit und die Zerrissenheit ihrer starken weiblichen Protagonistinnen mit soviel Liebe und Ehrlichkeit zu beschreiben, und deren Geschichten einfach fesseln."

Wen möchten Sie gerne persönlich kennenlernen?

„Ich hätte gerne Helmut und Loki Schmidt persönlich kennengelernt. Und meine Großväter."

Welche drei Gegenstände nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

„Meine Lieben, eine Wasseraufbereitungsanlage und unser (gut ausgerüstetes) Segelboot."

Was bringt Sie auf die Palme?

„Unfaires, unehrliches Verhalten. Ansonsten wenig, ich habe die Gabe, die Dinge positiv zu sehen und an den Herausforderungen, die das Leben mit sich bringt, zu wachsen."

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Wir könnten unsere Bescheidenheit und Zurückhaltung etwas ablegen und selbstbewusst und auch stolz das nach Außen tragen, was wir hier alles wirklich gut hinbekommen. Ich kenne den Berliner Politikbetrieb gut und mag den unaufgeregten und harmonischen Politikstil, den wir in Schleswig-Holstein pflegen. Auf Augenhöhe, ehrlich und fair im Umgang, lösungsorientiert, das gefällt mir und auch den Schleswig-Holsteinern. Vernünftige Arbeit, klare Ziele, ein respektvoller Umgang miteinander und auch eine große Portion Pragmatismus und Optimismus. Das könnten wir noch mehr in die Welt tragen, dann gäbe es überall zufriedenere und glücklichere Menschen."

Der dänische Botschafter Thomas Østrup Møller sprach Anfang Dezember auf einem „Länderabend“ über die Kopenhagener EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2025. Das dänische Motto lautet „Ein starkes Europa in einer Welt im Wandel“. Auch die „grüne Transformation“ war Thema des gut besuchten Abends im Plenarsaal.

Die Botschafterin der Niederlande, Hester Somsen (li.), war Anfang Dezember zum Antrittsbesuch bei Landtagspräsidentin Kristina Herbst (re.). Die Diplomatin vertritt das Königreich seit Oktober 2024 in Berlin.

Zu Besuch im Landtag

Ida Lotta Glau (li.) und Leah Charlotte Wiebe (re.), Lehramtsstudentinnen an der Uni Flensburg, gaben am Volkstrauertag Mitte November ihrer Hoffnung auf Frieden Ausdruck. „Wir möchten an dem Glauben festhalten, dass Frieden keine Utopie ist“, sagten die beiden in ihrem Beitrag zum Festakt im Plenarsaal.

Kurz vor dem Advent haben 20 Kinder aus der Kita „Pusteblume“ in Borstel-Hohenraden (Kreis Pinneberg) den Weihnachtsbaum in der Eingangshalle des Landeshauses geschmückt. Landtagsvizepräsidentin Eka von Kalben half mit und freute sich über den selbst gebastelten Tannenbaumschmuck, den die Kinder mitgebracht hatten.

Das Friedenslicht leuchtet auch in diesem Jahr in der Eingangshalle des Landtages. Pfadfinder brachten die Flamme, die in der Geburtsgrotte in Bethlehem entzündet wurde, nach Kiel und übergaben sie an Landtagsvizepräsident Peter Lehnert (re.).

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

Nr. 04/2025 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte den **Abschnitt mit Adresse** abtrennen und korrigiert **zurücksenden an: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel**
Oder senden Sie eine E-Mail an: **bestellungen@landtag.ltsh.de**

Termine, Termine, Termine …

Landtagsmobil: Positive Bilanz für 2025

Ende Oktober hat das Referat für Öffentlichkeitsarbeit die zweite Saison des Landtagsmobils abgeschlossen – mit positivem Fazit. Unter dem Motto „#Klappe auf – Landtag auf Tour“ war das Mobil wieder in ganz Schleswig-Holstein unterwegs, um vor Ort ins Gespräch über Politik und Demokratie zu kommen. 22 Einsätze mit 33 Veranstaltungstagen hat das Team mit dem silbernen „Airstream“-Alutrailer von April bis Oktober absolviert, darunter Volksfeste, Wochenmärkte, Festivals, Schulen, eine Messe und ein Besuch in einer Kinderstadt. „Das waren mehr als doppelt so viele Termine, wie im Vorjahr“, sagt Mobil-Chef Steen-Hendrik Kohle, „wir hatten ein sehr erfolgreiches Jahr und auch noch super Glück mit dem Wetter“.

Vor dem Winter wurde der Trailer frisch poliert und „ohne erkennbare Mängel“ über den TÜV gebracht. Das Team bereitet die Saison 2026 vor, mit frischen Ideen. „Ein wichtiges Prinzip bei uns ist, dass wir nicht zwei Jahre nacheinander die gleichen Events besuchen“, so Kohle. „Wir wollen schließlich an möglichst vielen unterschiedlichen Orten in ganz Schleswig-Holstein präsent sein.“

Die Termine für das neue Jahr folgen im Heft 01/2026.

Sprechstunde der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses

Die Geschäftsstelle des Petitionsausschusses bietet regelmäßig Beratung und Unterstützung beim Einreichen einer Petition an. Die Sprechstunde findet an **jedem ersten Dienstag im Monat** von 8:00 bis 9:00 und von 16:00 bis 17:00 Uhr statt. Bitte melden Sie sich für die Sprechstunde an, telefonisch unter 0431/988-1018 oder per Mail an petitionsausschuss@landtag.ltsh.de

Die Sprechstunde findet im Landeshaus in Kiel, Düsterbrooker Weg 70, statt. Wenn Sie keine Möglichkeit haben, ins Landeshaus zu kommen, können Sie das Angebot auch per Videokonferenz wahrnehmen.

Sprechtage der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechtage, um Bürger vor Ort zu beraten:

Donnerstag, 8. Januar: Lübeck
Donnerstag, 15. Januar: Büsum
Dienstag, 20. Januar: Heide
Donnerstag, 5. Februar: Lübeck
Dienstag, 17. Februar: Heide
Donnerstag, 19. Februar: Oldenburg
Donnerstag, 5. März: Lübeck
Dienstag, 17. März: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termine in **Heide** in der Kreisverwaltung, Stettiner Str. 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Büsum** im Gesundheitszentrum, Westerstraße 30, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Oldenburg** in der Stadtverwaltung, Markt 1, 9:00 bis 13:00 Uhr. Hinzu kommen die „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr. Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240. Weitere Termine sind nach Vereinbarung möglich.

Aktuelles unter www.sh-landtag.de, Rubrik „Beauftragte“